

Wählt  
Liste 18  
Die Liste der SAP



TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

# Herr Bracht regiert weiter

## Und wenn Schwierigkeiten entstehen, kommen neue Notverordnungen

Berlin, 26. Oktober.

Was wird nun werden nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofes? Diese Frage bildet begrifflicherweise den Diskussionsstoff in den politischen Kreisen Berlins.

In der Umgebung der Reichsregierung ist nun damit zufrieden, daß der Staatsgerichtshof die Einsetzung des Reichskommissars als berechtigt anerkannt hat. Die Reichsregierung steht nach dem Leipziger Spruch auf dem Standpunkt,

daß der Reichskommissar alle Funktionen in Preußen ausüben kann, die mit der Regierungsgewalt an sich verbunden sind.

Dies sollte insbesondere für alle organisatorischen, finanziellen und personellen Fragen. Sämtliche Amtsgeschäfte, die ein preußischer Minister wahrzunehmen hat, werden von dem Reichskommissar wahrgenommen, mit Ausnahme derjenigen, die im Urteil des Staatsgerichtshofes genannt worden sind und sich auf die Vertretung des Landes Preußen gegenüber dem Reich und den preußischen Parlamenten beziehen. Auch der Übergang der Preußenkasse in Reichsbesitz besteht nach Auffassung der Reichsregierung zu recht.

Das Nebeneinander von Reichskommissar und alten preußischen Ministern stellt man sich in Kreisen der Reichsregierung so vor, daß die alten Minister sozusagen dafür da sein sollen, den Bestand des Staates Preußen zu überwachen (also eine Art Nachwächterfunktion). D. Red., daß aber

die praktische Verwaltung in der Hand des Reichskommissars

liegt. Die Reichsregierung wird von sich aus gegenüber dem alten preußischen Kabinett keine Schritte unternehmen, sondern vielmehr abwarten, ob die alten preußischen Minister sich „loyal“ verhalten werden. Man rechnet in Kreisen der Reichsregierung damit, daß die alte preußische Regierung im Bewußtsein ihrer Ohnmacht versuchen wird, auf dem Verhandlungswege

ein Kompromiß mit dem Reichskommissar zustande zu bringen.

Darauf deutet auch eine Erklärung hin, die die preußischen Staatsminister Braun, Severing usw. veröffentlichten, in der es heißt: „Die preußischen Staatsminister werden in Ruhe prüfen, welche Folgen sich aus der Entscheidung des Staatsgerichtshofes ergeben.“

Sollten die alten preußischen Minister doch Schwierigkeiten machen, sollten sie z. B. durch Opposition im Staatsrat oder im Reichsrat der Reichsregierung unbequem werden, dann wird die Reichsregierung, wie bereits mitgeteilt, auf Grund des Artikels 48 Abs. 1 der Reichsverfassung „in Abwehr einer Pflichtverletzung der früheren preußischen Minister“ auf dem Notverordnungswege Abhilfe schaffen.

Praktisch steht also fest, daß auf alle Fälle der Reichskommissar, d. h. die Regierung Papen, weiter in Preußen unumschränkt regieren wird. Ja, man kann sogar sagen, daß diese unumschränkte Machtausübung durch das Urteil des Staatsgerichtshofes noch erleichtert wird, weil dieses Urteil dem Reichskommissar und seinen Ministern aus-

drücklich bescheinigt, daß es nicht zu ihren Obliegenheiten gehört, vor dem Landtage zu erscheinen und dort Rede und Antwort zu stehen.

Als Ausweg aus der jetzigen Situation sieht die Reichsregierung nur eine Möglichkeit: Die Wahl eines preußischen Ministerpräsidenten durch eine Landtagsmehrheit. Eine solche Mehrheit, die vom Zentrum bis zu den Nationalsozialisten reichen könnte, wird aber bestimmt erst nach der Reichstagswahl gebildet werden können.

### Zur Abwechslung - nun mal Gayl.

Nachdem Reichskanzler von Papen in den letzten Wochen einen Rekord an rednerischer Tätigkeit erreicht hat, will jetzt der Reichsinnenminister von Gayl wieder einmal das Wort nehmen. Er wird am Freitag bei einem Essen, das vom Verein Berliner Presse veranstaltet wird, eine Rede halten, in der er die Grundlinien der Verfassungs- und Verwaltungsreform, der Reichsreform und des Finanzausgleichs erläutern wird. In Ergänzung der letzten Reden Papens und der Festrede Gayls am 11. August wird der Reichsinnenminister jetzt etwas genauer sagen, welche Pläne die Reichsregierung demnächst dem Reichsrat vorzulegen gedenkt.

### 21 Reichswahlvorschläge

Berlin, 25. Oktober.

VDZ. Der Reichswahl Ausschuss hat den Reichswahlvorschlag für die Reichstagswahl am 6. November festgestellt. Von den insgesamt 24 Reichswahlvorschlägen, die diesmal

eingegangen waren, wurden 21 zugelassen, und zwar in folgender Nummernfolge:

1. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung),
2. Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
3. Kommunistische Partei Deutschlands,
4. Deutsche Zentrumspartei,
5. Sozialnationale Volkspartei,
6. Bayerische Volkspartei,
- 7.
8. Deutsche Staatspartei,
9. Christlichsozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung),
- 10.
11. Deutsche Bauernpartei,
12. Württembergischer Bauern- und Weingärtnerbund (Landbund),
- 13.
- 14.
15. Gerechtigkeitbewegung Meißner,
16. Großdeutsche Mittelstandspartei für Mittelstandsdiplomaten,
17. Sozialrepublikanische Partei Deutschlands,
18. Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands,
19. Nationale Minderheiten in Deutschland,
20. Großdeutsche Volkspartei (Liste Schmalix) und Nationale Partei der Mitte (Handel, Handwerk, Gewerbe, Landwirte, Haus- und Grundbesitzer),
21. Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands (Partei für krisenfreie Volkswirtschaft),
22. Freiheitsbewegung Schwarz-Weiß-Rot (Reichsbund der Baltikum-, Oberschlesien-, Grenzschutz- und Freikorpskämpfer),
23. Deutsche Kaiserpartei,
24. Deutsche Präsidialpartei,
25. Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern.

Die Nummern 7, 10, 13 und 14 bleiben frei für die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei, das Landvolk und die Volksrechtspartei, die keine eigenen Reichswahlvorschläge eingereicht, sondern diese mit denen anderer Parteien vereinigt haben. Nicht zugelassen wurden Wahlvorschläge einer „Nationalen kommunistischen Partei“, einer „Christlich-nationalen deutschen Arbeiterpartei“ und einer Partei mit der Bezeichnung „Wie spart man Geld“. Bei diesen Vorschlägen waren die gesetzlichen Voraussetzungen nicht erfüllt.

## Textilarbeiterstreik in Leipzig

Bei Tittel & Krüger, Nordwollekonzern — Sabotage der Textilarbeiterverbandsleitung

Leipzig, 25. Okt. (Eig. Bericht).

Die 1400 Personen zählende Belegschaft der Textilfirma Tittel u. Krüger in Leipzig ist zur Abwehr eines von der Firma geplanten Lohnabbaues in den Streik getreten.

Der Betrieb ist eine Filiale des Nordwolle- oder Lohusen-Konzerns Bremen. Die Firma hatte einen eigenen Haustarif, der vor einiger Zeit gekündigt wurde mit dem Zweck, den ganzen Betrieb dem etwas schlechteren sächsischen Landestarif einzuordnen. Als jedoch diese Woche auch die überrarifliche Bezahlung, die teilweise 50 Prozent betrug, gekürzt werden sollte, legten die Arbeiter und Arbeiterinnen wegen der damit verbundenen unerhörten Kürzung ihrer Löhne geschlossen die Arbeit nieder.

Während der DMV für die im Betriebe tätigen Handwerker den Streik unterstützt und sanktioniert, lehnt dies der

Deutsche Textilarbeiterverband ab. Obwohl keine Verletzung der geheiligten „Friedenspflicht“ in Frage kommt, erklärt die Textilarbeiterverbands-Führung — offenbar aus Scheu vor den Kosten der Unterstützung — den Streik, der so elementar aus der Belegschaft kam, als „wilden Streik“.

Das ist ein ungeheurer Skandal. Allein die Tatsache, daß sämtliche Nazis mit aus dem Betrieb gingen, muß jedem Freigewerkschafter durch das Verhalten der Verbandsbürokratie die Schamröte ins Gesicht steigen lassen. Soll die freie Gewerkschaft nur noch die Zielscheibe billiger Witze aller ihrer Gegner sein?

Zirka 150 Arbeiter haben leider wegen der Stellung der Gewerkschaftsführung die Arbeit wieder aufgenommen. Trotzdem stehen 1200 Proleten unerschüttert im Kampf. In die gewählte Kampfleitung haben sich auch zwei SPD-Arbeiter delegieren lassen.

### Der Staatsgerichtshof und der Reformismus

Die Reichsregierung und die frühere preußische Regierung Braun-Severing sind alsbald nach der Urteilsverkündung von Leipzig mit Kundgebungen an die Öffentlichkeit getreten, in denen jede der beiden Parteien behauptet, von dieser Entscheidung vollkommen befriedigt zu sein. Da die Regierungen Bayerns und Badens ähnliche Erklärungen abgegeben haben, so steht man vor der merkwürdigen Tatsache, daß nach einem so komplizierten Streitverfahren alle Beteiligten zufrieden und glücklich — zu sein behaupten.

Sicherlich liegt das zum Teil an der Art, in der der Staatsgerichtshof seine Entscheidung getroffen und sein Urteil begründet hat. Aber bei näherer Nachprüfung wird sich doch herausstellen, daß die Beteiligten ein sehr verschiedenes Maß von Berechtigung haben, mit der Leipziger Entscheidung zufrieden zu sein.

Zunächst ist festzustellen, daß die Regierungen Bayerns und Badens durchaus nicht das erreicht haben, was der Sinn und Zweck ihrer Anträge an den Staatsgerichtshof war. Der Staatsgerichtshof hat es abgelehnt, in einer grundsätzlichen Entscheidung die Rechte des Reiches gegenüber den Einzelstaaten abzugrenzen und für die Zukunft verbindlich festzulegen. Bayern, Baden und die anderen zum Föderalismus neigenden, um die Rechte der Länder besorgten Einzelstaaten werden ihren Kampf gegen das Diktatur-System der Präsidialregierung auf anderem Felde fortsetzen müssen.

Den Wünschen der Einzelstaaten trägt das Leipziger Urteil nur insoweit Rechnung, als es feststellt, daß Länderregierungen nicht für dauernd abgesetzt, sondern nur vorübergehend ihrer Befugnisse entzogen werden dürfen. Da aber dem Begriff „vorübergehend“ keinerlei Begrenzung gegeben wird, so hat diese Entscheidung fast nur theoretische Bedeutung; praktisch ist die Institution des Reichskommissars anerkannt worden, ja, es sind ihm sogar ausdrücklich außerordentlich weitreichende Befugnisse eingeräumt worden.

Immerhin ist die Feststellung des Staatsgerichtshofes, daß eine Landesregierung nicht abgesetzt werden darf, von historischem Interesse. Denn durch diese Entscheidung wird nachträglich vom höchsten deutschen Gerichtshof bestätigt, daß die gewaltsame Absetzung der sozialdemokratisch-kommunistischen Regierungen Sachsens und Thüringens im Herbst 1923 ein glatter Verfassungsbruch war. Ein Verfassungsbruch, der von dem damaligen Reichspräsidenten Ebert und dem damaligen Reichsinnenminister Sollmann begangen worden ist — wie ja überhaupt alle Anwendungen und Auslegungen des Artikels 48 ihr Vorbild in der Praxis der Ebert-Zeit und der sozialdemokratisch geführten Koalitionsregierungen finden.

Welches Recht hat nun die abgesetzte Preußenregierung, zufrieden zu sein? Sie stützt sich auf die Tatsache, daß der Staatsgerichtshof Braun und Severing von dem Vorwurf der Pflichtverletzung gereinigt habe. Darüber ist auch die sozialdemokratische Presse ganz entzückt, wie wir etwa im „Vorwärts“ lesen können: „Der Staatsgerichtshof hat ausdrücklich festgestellt und damit Preußen gemäß seinem Antrage von dem tiefkränkenden Vorwurf der Pflichtverletzung befreit, daß eine Pflichtverletzung des Landes Preußen nicht vorgelegen hat.“ Man muß sich noch einmal daran erinnern, welche Pflichtverletzung der früheren Preußenregierung eigentlich vorgeworfen worden war. Sie sollte nicht scharf genug

gegen die kommunistische Bewegung vorgegangen sind. Von diesem, in der Tat furchtbaren, Vorwurf sind jetzt die Braun und Severing gereinigt. Bunkke und die anderen reaktionären Richter von Leipzig haben ihnen indirekt bestätigt, daß sie im Kampfe gegen den Kommunismus, d. h. gegen die Arbeiterklasse, ihre Pflicht voll erfüllt haben. Ueber diese Anerkennung herrscht nun Freude bei Braun und Severing, bei Wels, Löbe und Stumpf. Die sozialdemokratischen Arbeiter dürfen darüber anders denken.

Das ist allerdings auch der einzige Punkt, auf den sich die Zufriedenheit der Preußenregierung gründen kann. Sonst bliebe höchstens noch die Feststellung des Staatsgerichtshofes, daß der Reichskommissar nicht berechtigt ist, Preußen gegenüber dem Landtage, im Staatsrat und im Reichsrat zu vertreten. Diese Rechte bleiben der abgesetzten Regierung. Aber was soll sie praktisch damit anfangen? Selbst der „Vorwärts“ muß zugeben, daß bei dieser Teilung der Gewalten auf die beiden Faktoren ein sehr verschiedenes Maß von Macht entfällt. Das Blatt schreibt:

„Damit bestehen nun nach diesem Urteilspruch beide zu Recht: der Staatskommissar und die Preußenregierung, freilich mit einem gewaltigen Unterschied; der erste zwar vorübergehend, doch mit überragender Machtülle, die andere zwar als Dauergebilde, aber praktisch mit geringer Wirkungsmöglichkeit. Wie sich das praktisch auswirken wird und soll, wissen die Götter.“

Dah die Götter das wissen, halten wir für unwahrscheinlich. Aber daß die Führer der Sozialdemokratie nicht wissen, was sie jetzt tun sollen, ergibt sich aus diesem Schluß des „Vorwärts“-Artikels. Wo eigene Gedanken und der notwendige Mut fehlen, beruft man sich auf die Götter...

Denn politischer Mut, politischer Kampfwille und revolutionäre Entschlossenheit wären allerdings notwendig, um dieses Urteil des Staatsgerichtshofes für die Interessen der Arbeiterklasse auszuwerten. Das unmittelbare praktische Ergebnis des Staatsgerichtshof-Prozesses ist, darüber kann kein Zweifel bestehen, daß der Reichskommissar mit seiner kommissarischen Regierung im Amte verbleibt und seine Tätigkeit im bisherigen Umfange und auf vorläufig unbegrenzte Zeit fortsetzt. Aber das Urteil gäbe auch der Arbeiterklasse eine Chance. Richtig ausgenutzt, könnte es dazu beitragen, die Konflikte in Preußen und im Reich weiterzutreiben, die Gegensätze im Lager der bürgerlichen Parteien zu verschärfen und dadurch die Arbeiterparteien größere Bewegungsfreiheit und günstigere Kampfmöglichkeiten zu geben.

Die Arbeiterklasse hätte gerade in der gegenwärtigen Situation, in der sie zu einem direkten offenen Angriff noch nicht die Kraft besitzt, an einer solchen Taktik das größte Interesse. Aber Braun und Severing und die Führer der SPD werden diesen Weg nicht beschreiten. Auch ohne die bereits vorliegende Versicherung, die abgesetzte Preußenregierung werde ganz vorzüglich und zurückhaltend agieren, wären wir davon hundertprozentig überzeugt. Genau so wie Severing vor dem 20. Juli mit Gnyl über den besten Weg zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung freundschaftlichen Gedankenaustausch gepflogten hat, genau so wie die sozialdemokratische Reichstagsfraktion anlässlich der Reichstagsauflösung alles getan hat, um dem Konflikt in Schöbe der Reaktion, zwischen Papen und Hitler, die Spitze abzubiegen — genau so wird jetzt die sozialdemokratische Führung alles vermeiden, was den Konflikt weitertreiben könnte.

Sie kommt zu dieser Haltung, weil sie nicht das Interesse der Klasse in den Vordergrund rückt, sondern die Wahrung von Ruhe, Ordnung und Staatsautorität. Sie muß zu dieser Haltung kommen, weil sie fühlt, daß bei der jetzigen Zuspitzung des Klassenkampfes ein Konflikt zwar vor dem Staatsgerichtshof oder im Parlament beginnen kann, aber auf der Straße, im Massenkampf des Proletariats endet. Diese Konsequenz, diese revolutionäre Lösung wollen die Reformisten heute genau wie 1918 unter allen Umständen verhindern. Darum geben sie immer und immer wieder nach, darum halten sie die Arbeiter vom Kampf zurück. Sie handeln damit auch in dieser Frage im Interesse der Bourgeoisie, sie tragen bei zur Verlängerung der kapitalistischen Klassenherrschaft, sie sind objektiv Verräter an der Sache der Arbeiterklasse.

## Belgische Neuwahlen am 27. November

Brüssel, 25. Oktober.

WTB. In einer Kabinettsitzung unter Vorsitz des Königs wurde beschlossen, das Parlament aufzulösen. Die Neuwahlen werden am 27. November stattfinden.

## Zur Regierungskrise in der Tschechoslowakei

Prag, 24. Oktober.

WTB. Der Präsident der Republik hat die Demission der Regierung angenommen und den Vorsitzenden des Abgeordnetenhauses Jan Malypeter mit der Bildung der neuen Regierung betraut.

## Kleine Nachrichten

CNB, Berlin, 25. Oktober. Vom Reichswehrministerium wird die Meldung bestätigt, daß in Königsberg vier Reichswehrranghörige wegen versuchten Verkaufs von Waffen an Zivilisten verhaftet worden sind. Die betreffenden Soldaten versuchten, zwei Pistolen und Munition zu verkaufen. Sie wurden den Gerichten zugeführt.

# Wieder wachsender Terror

## Die SA provoziert — die Polizei schießt in die Häuser

In der Nacht von Sonnabend zu Sonntag und am Sonntag vormittag ist es in Berlin an zahlreichen Stellen zu mehr oder minder erheblichen Zusammenstößen zwischen politischen Gegnern gekommen, bei denen mehrere Personen verletzt und viele Sittierungen vorgenommen wurden. In den meisten Fällen waren SA-Leute die Angreifer.

Der schwerste Zwischenfall ereignete sich Sonntag vormittag im sogenannten Barikadenviertel des Wedding in der Kölliner- und Wiesenstraße. Beide Straßen werden überwiegend von Kommunisten bewohnt. Ein Trupp von etwa hundert SA-Leuten hatte diese Gegend ausgesucht, um Wahlpropaganda durchzuführen. Die Nationalsozialisten wurden von einem großen Polizeiaufgebot begleitet. Die Erregung der Arbeiterbevölkerung über diese

### nationalsozialistische Provokation

war außerordentlich groß. Als die SA-Leute in die Kölliner Straße einmarschierten wurden sie von den Dächern und aus zahlreichen Fenstern mit Steinen und Blumentöpfen beworfen.

Sofort zogen die begleitenden Polizeibeamten ihre Waffen und schossen auf die Häuserfronten.

Die Kugeln schlugen in mehrere Fenster ein. Bei einer sofort vorgenommenen Durchsuchtung der Häuser konnte keiner der Täter festgestellt werden. Drei Nationalsozialisten wurden verletzt. Wieviel Personen von den Polizei-

kugeln getroffen worden sind, ist noch nicht bekannt. Die Polizei sistierte drei Personen wegen Nichtbefolgung polizeilicher Vorschriften.

In der Nacht zum Sonntag sind mehrere Mitglieder republikanischer Organisationen und Kommunisten von Nationalsozialisten überfallen und verletzt worden. Die Polizei nahm 17 Personen fest.

In Bochum-Langendreer wurde ein Polizist von mehreren Nationalsozialisten bedroht. Der Beamte schoß in der Notwehr und tötete einen SA-Mann. Der am Sonnabend in Castrop-Rauxel von politischen Gegnern angeschossene SA-Mann ist gestern seinen Verletzungen erlegen.

In Aachen kam es Sonntag nacht zu blutigen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Fünf Personen wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt. Die Ausschreitungen dauerten bis in die frühen Morgenstunden.

Auch in Sachsen kam es gestern zu Zusammenstößen zwischen Mitgliedern republikanischer Organisationen und Nationalsozialisten. In Leipzig, Connewitz und Dewitz wurden zusammen sechs Personen verletzt.

Dortmund, 24. Oktober.

Zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten kam es in Dortmund-Bodelschwingh zu einer Schlägerei, an der sich etwa 60 Personen beteiligten. Bei den festgenommenen sieben Personen wurden Gummischläuche und andere Waffen beschlagnahmt.

# Hitler mit der Nilpferdpeitsche

Die Leitung des Reichsbanners teilt mit:

Am letzten Sonnabend sprach Hitler in Magdeburg. Ertraufte dem Magdeburger Flugplatz ein, um sich von dort mit dem Auto zur Stadthalle zu begeben. Am Reichsbanner-Stadion Neue Welt standen einige Reichsbannerleute auf der Straße, als die beiden Autos, die Hitler und seinen Stab in die Stadt brachten, vorüberfahren. Plötzlich schwenkte das zweite Auto gegen den Bordstein, und von den Insassen wurde

mit schweren Peitschen auf die Reichsbannerleute eingeschlagen.

Drei von ihnen wurden verletzt. Ein Polizeibeamter, der vor der Neuen Welt Dienst hatte und Zeuge dieses heimtückischen Ueberfalles war, nahm zusammen mit mehreren Funktionären der Magdeburger Gauleitung in einem Privatauto die Verfolgung auf. Es gelang leider nicht, das Auto noch vor der Stadthalle einzuholen. An der Stadthalle selbst wurde dann eine polizeiliche Durchsuchtung der Autos vorgenommen. Hierbei wurde

eine 1½ Meter lange, schwere geflochtene Lederpeitsche gefunden. Die Namen der Chauffeurs der Autos wurden polizeilich festgestellt. Nach

dem „Neuen Tageblatt“, dem nationalsozialistischen Organ Magdeburgs, soll Hitler selbst in dem zweiten Auto gefahren sein, aus dem der Ueberfall ausgeführt wurde.

Das wird auch in dem nationalsozialistischen „Westdeutschen Beobachter“ bestätigt, der über den Vorfall also berichtet:

„Auf der Fahrt zum Sächsischen Hof wurde Hitlers Wagen mit Steinen beworfen. Er war nicht faul, springt heraus, und eins, zwei, drei kriegen die Bürschen mit der langen Nilpferdpeitsche immer wieder links und rechts eins über die Schnauze. Das Pack flüchtet! Hitler hinterher. Die Kameraden vermissen ihn.“

Wo ist der Führer? Er schlägt sich noch draußen mit dem Mob herum.

Dann krepelt er ruhig seine Hemdärmel herunter und beginnt im Sächsischen Hof zu sprechen: „Volksgenossen...“

Der „Führer“ mit der Nilpferdpeitsche schlägt sich mit dem „Mob“ herum. Das ist das unverfälschte Spiegelbild der Kultur des Dritten Reichs.

# Rote Jugend in Schleswig-Holstein stößt vor!

Bei den politischen Auseinandersetzungen und bei der sogenannten Spaltung im Oktober 1931 der Sozialistischen Arbeiterjugend ist der Bezirksverband Schleswig-Holstein ohne Zweifel sehr wenig betroffen worden. Auf der ersten Bezirkskonferenz der SAJ eben nach Oktober 1931 berichtete stolz die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung, daß trotz der versuchten Angriffe der „Spalter“ diese keine wesentlichen Erfolge erringen konnten. Allmählich bricht sich die Erkenntnis des revolutionären Kampfes bei den Jugendlichen aber dennoch Bahn. Gleich nach der Spaltung löste sich nur ein Teil der SAJ in Schleswig und trat zum SJV über. Danach kamen Gruppen von Flensburg und Elmshorn zum SJV und kleinere Gruppen bestanden in Kiel und anderen Provinzstädten.

Nunmehr hat in letzter Zeit der SJV in Schleswig-Holstein einen sehr guten Aufschwung genommen.

Die Flensburger Genossen haben zusammen mit der SAP eine Zeitung „Flensburger Fanfare“ herausgegeben. Am 1. November beziehen die Genossen ein eigenes Büro-Heim. Elmshorn hat in der letzten Woche ein eigenes Organ herausgegeben „Rote Signale“. Mehrere frühere SAJler konnten im „Roten Oktober-Appell“ gewonnen werden. Den Rekord haben ohne Zweifel die Kieler Genossen geschlagen. Vor einiger Zeit traten der zweite Vorsitzende der SAJ Groß-Kiel und ebenfalls der politische Leiter der „Jungen Front“ in

Kiel-Gaarden mit mehreren Genossen zum SJV über.

20 Genossen aus der SAJ konnten in den letzten Wochen gewonnen werden.

Eine Gruppe „Karl-Marx“ steht jetzt geschlossen da, eine zweite Gruppe ist im Aufbau. Die Verbindung mit den SAJ-Genossen ist hergestellt, weitere Uebertritte werden der Erfolge der weiteren Arbeit sein. Die Kieler haben ein eigenes Büro und Heim im Arbeiterviertel Gaarden. Eine eigene Zeitung „Weckruf“ wird allmählich in mehreren Hundert Exemplaren unter der werktätigen Jugend von Bezirk Kiel verteilt. Weitere Verbindungen mit den übrigen Provinzstädten ist hergestellt. Neumünster, Itzehoe usw. werden unsere nächsten Wirkungsorte sein.

Selbst der hohe Vorstand der SAJ muß sich heute mit uns kleinen „Seydewitz“ beschäftigen. In Kiel wurde ein Genosse aus der SAJ ausgeschlossen mit folgender Begründung: Der Genosse... hat wegen politischen Unfugs (!) das Recht der Mitgliedschaft verloren. Eine Funktionsatzung der SAJ Kiel beschloß, „daß jedes Mitglied der SAJ, welches in Zukunft den SAP-„Laden“ noch betritt, aus der Organisation ausgeschlossen wird.“ Die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung meldet von einer Bezirksstagung der SAJ am 25. September folgendes: „... Das Fehlen einer intensiven Schulung hat dazu geführt, daß in manchen Gruppen die radikale

Phrase stark zunahm auf Kosten der unbedingten erforderlichen politischen Einsicht. Einige Ausschüsse wegen organisationsmäßigem Verhalten hätten sich vermeiden lassen, wenn die Jugendgenossen durch eine intensive politische Schulung zur rechten Zeit auf ihre falsche Beurteilung der Lage aufmerksam gemacht worden wären.“

Wir werden dafür Sorge tragen, daß die SAJ-Leitung sich noch sehr oft mit uns beschäftigen muß!

Trotz der wenigen uns zur Verfügung stehenden Mittel und trotz der ungenügenden Schwierigkeiten werden wir weiter vorstoßen,

auch wenn man jetzt Ollenbauer, Toni Sender, Rudi Breitscheid und Leute aus Dänemark zu internationalen Kundgebungen mit Uebergabe von Sturmfähnen nach Schleswig-Holstein holt.

Die Unterbezirke Kiel, Flensburg und Elmshorn (Altona gehört zu Hamburg) werden in nächster Zeit ihren ersten Wochenendkursus unter Leitung des Genossen Schmidt-Flensburg in Kiel durchführen, um den Jugendlichen weitere klare marxistische Kenntnisse zu vermitteln.

## 42 Jahre Zuchthaus

Köslin, 25. Oktober.

Die große Strafkammer verurteilte heute wegen des Landfriedensbruchs in Belgard, wo am 21. August Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten einerseits und Nationalsozialisten andererseits stattgefunden hatten, die Arbeiter Märonde, Höb und Lemann zu je zehn Jahren Zuchthaus. Die Strafen wurden auf Grund der Notverordnung gegen politische Ausschreitungen vom 9. August verhängt.

Dresden, 25. Oktober.

Nach eingehender Beweiserhebung wurde heute der kommunistische Markthelfer Schmidt wegen qualifizierten Totschlags, Waffennißbrauchs und Vergehens gegen das Schusswaffengesetz zu 12 Jahren, 2 Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Zwei weitere Angeklagte wurden freigesprochen. Am 4. März d. J. hatte der Dresdner Polizeihauptwachmeister Schickel eine kommunistische Schmierkolonne beim Anmalen einer Wahlparole überrascht. Schmidt gab auf den Beamten aus einer Pistole einen Schuß ab, durch den der Beamte getötet wurde.

## Natürlich Freisprüche

Pirmasens, 25. Oktober.

Im zweiten Pirmasenser Sprengstoffprozeß wurde gegen sieben nationalsozialistische Angeklagte verhandelt, die der Mitwisserschaft bzw. Mittäterschaft angeklagt waren. Nach der Anklage sollen ihre Verfehlungen darin liegen, daß einzelne von ihnen Sprengkörper bzw. Teile dazu vorübergehend in Verwahrung hatten. Ein Angeklagter, der Installateur Ebelhäuser aus Pirmasens, erhielt vier Monate Gefängnis mit Bewährungsfrist, vier weitere Angeklagte wurden freigesprochen. Das Verfahren gegen die übrigen zwei Angeklagten wurde auf unbestimmte Zeit ausgesetzt.

## Russisch-japanische Verhandlungen

Tokio, 25. Oktober.

WTB. Demnächst sollen hier die vorbereitenden Verhandlungen über ein japanisch-russisches Abkommen beginnen, als dessen Hauptpunkte die Zeitung Yomiuri erstens den Abschluß eines Petroleum-, Kohlen- und Erzlieferungsvertrages mit Rußland, zweitens die Festlegung der russisch-mandschurischen Grenze (?), drittens den Ankauf der ostchinesischen Bahn durch Japan (??) und viertens ein japanisch-russisches Fischereia-bkommen bezeichnet. Amtlich wurde erklärt, Japan sei einig in der Auffassung, daß ein solch umfassendes Abkommen mit Rußland möglich wäre, wenn die Sowjetunion jede bolschewistische Propaganda in Japan von Grund auf beseitigen würde, die man als Friedenshindernis ansieht.

Diese Meldung ist mit aller Vorsicht zu genießen. Wir halten es für ausgeschlossen, daß die Sowjetunion mit Japan über die russisch-mandschurische Grenze oder gar wegen Verkauf der ostchinesischen Bahn verhandelt. Immerhin ist aber auffällig, daß sich in den letzten Monaten das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und Japan merklich gebessert hat. Die kommunistische „Welt am Abend“ berichtet sogar von einem bevorstehenden Abschluß eines Nichtangriffspaktes. Eine Tatsache, die bei der chinesischen Regierung wenig Freude auslösen dürfte und die auch nicht recht zu der sonstigen Schreiberlei der KP-Druckerei paßt.

## In Nazi-Thüringen 750% Negersteuer

Weimar, 25. Oktober.

Die zum großen Teil unter dem Kommando der NSDAP stehenden Bürgermeister und Gemeindevorsteher Thüringens haben die Kommunalabgaben für Bürgersteuer auf 1000, 1500, ja 2000% festgesetzt. Die Gemeinderäte weigerten sich fast überall, diese Sätze anzuerkennen. Jetzt hat die Nazi-Regierung verfügt, daß der Maximalsatz der Bürgersteuer auf 750% festgelegt wird.

Wie aber brüllen sonst die Nazis da, wo sie nicht an der Macht sind, gegen die Bürgersteuer des „Systems“!

# Fememörder Heines unter Anklage!

### Freitag Sondergerichtsprozess gegen nationalsozialistische Sprengstoffattentäter

Auf Grund der Ermittlungen hinsichtlich des Sprengstoffanschlags in Reichenbach in der Nacht zum 9. August 1932 ist nunmehr Anklage erhoben worden; Termin zur Hauptverhandlung vor dem Sondergericht in Schweidnitz steht am Freitag, den 28. Oktober 1932, vormittags 9 Uhr, an.

Angeklagt sind:

1. der Handlungshelfer Erich Wagner aus Reichenbach,
2. der Kraftwagenführer Herbert Polomski aus Breslau,
3. der Elektriker Karl-Heinz Woller aus Reichenbach,
4. der Sturmtruppenführer Fritz Staats aus Fürstentum,
5. der Standartenführer Hans Rauscher aus Dittmannsdorf,
6. der Gruppenführer Edmund Heines aus Breslau,
7. der Stabsführer Johannes Hays aus Breslau,
8. der Landwirt Woller Podolski aus Hindenburg.

Die zu 1-5 Genannten befinden sich in Untersuchungshaft (Heines befindet sich also auf freiem Fuß).

Die Anklage gegen Wagner, Polomski und Woller ist wegen versuchten Mordes in Tateinheit mit Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz, gegen Wagner auch wegen Nichtanmeldung von Waffen erhoben. Die Anklage gegen die zu 4-7 Genannten ist wegen Begünstigung, die Anklage gegen Podolski wegen Beleidigung in Tateinheit mit Bedrohung erhoben.

Die Ermittlungen wegen der Sprengstoffanschläge in Heidersdorf, Groß-Kniognitz und Gollschau sind noch im Gange. Die in einem Teil der Presse verbreitete Nachricht über weitere Verhaftungen trifft nicht zu.

## Maschinengewehr-Attrappen, Gasmasken und Fortbildungsschule

In der Fortbildungsschule, Willmannstraße, fanden -- von wem veranstaltet wissen wir nicht -- Vorträge über Gasschutz statt. Vorträge, die von einem Professor für die Schülerschaft gehalten wurden.

Zur praktischen Illustration dessen, was der „Herr Professor“ gesagt hatte, rückte der bekannte rote Ueberfallwagen der Breslauer SA mit einer Mannschaft, die mit Gasmasken ausgerüstet war, an und man machte darauf in Praxis, wobei man mit einer Maschinengewehrattrappe sich in Spielereien verlor. Da wir nicht annehmen, daß der Vortrag und das Schauexerzieren in Gasmaske der Privatlaune irgend eines Paukers entspringen ist, müssen wir im Interesse der proletarischen Öffentlichkeit die Schulverwaltung, insbesondere den zuständigen Stadtschulrat Herrn Wolff um Stellungnahme zu diesen Vorgängen bitten.

Oder sollte man in der SA bereits nicht eine private Söldner- und Terrortruppe der Nationalsozialisten sehen? Sollte man sie bereits als staatliche Formation anerkennen?

## Prinz Auwi in Kreuzburg

Kreuzburg hatte am Montag seinen „großen Tag“. Sollte doch ein leibhaftiges Prinzeßlein für die Arbeiterpartei Hitlers sprechen. Schon am Vormittag wurden Blumen, Lorbeerbäume und Fahnen nach dem Konzerthaus gebracht, um die Hoheit würdevoll umrahmen zu können. Die Preise der Plätze „entsprachen“ einer Arbeiterpartei, von 50 Pfg. bis zu 2 Mark. Die Reden wurden durch Lautsprecher in den Garten übertragen. Wer Lust und starke Nerven hatte, konnte also auf der Straße zuhören.

Außer Auwi sprach oder vielmehr brüllten die Parteigenossen Heines, Adamczyk und Schneider-Eckersdorf. Ein unglaublicher Wust von Phrasen ertränkte die entzückte Hörschaft. Alles unter der Parole: für die Wahl zu retten, was noch zu retten ist.

## Eisenbahnunfall bei Hirschberg

### Vier Leichtverletzte

Heute abend gegen 19 Uhr wurde ungefähr 2 km vor Reibnitz ein die Strecke passierender Güterzug in zwei Teile gerissen. Der vordere Zugteil fuhr weiter. Auf die stehengebliebenen zwei Güterwagen fuhr der nachfolgende Personenzug 748 auf. Dabei entgleiste die Lokomotive des Personenzuges, und die beiden Güterwagen wurden übereinandergeschoben. Außer dem Lokomotivführer wurden vier Reisende leicht verletzt. Der Materialschaden ist ziemlich erheblich. Das eine Gleis hofft man noch im Laufe der Nacht frei zu bekommen, das andere in 24 Stunden. Der Verkehr wurde durch Umleitung über Hirschberg-Löwenberg-Greifensberg aufrechterhalten.

# Sekundaner in SA-Uniform

### Einiges aus den höheren Schulen Breslaus

Unter den Angeklagten der letzten Prozesse, die vor dem Breslauer Sondergericht verhandelt wurden, befand sich auch ein Sekundaner einer höheren Schule. Es ist dies in der Justizgeschichte Schlesiens der jüngsten Zeit bereits der zweite Fall, daß ein in der NSDAP organisierter Schüler einer höheren Schule wegen eines Ueberfalles auf politische Gegner auf der Anklagebank saß. Für den, der ein wenig in das Getriebe der oberen Klassen irgendeiner höheren Schule Breslaus hineingeschaut hat, ist das nicht verwunderlich. Wer weiß, daß fast 90 Prozent der Schüler der Oberklassen bei uns -- und wie wir es aus anderen Städten bestätigt finden, scheint es dort nicht anders zu sein -- bei der NSDAP organisiert sind, wird das Herabsinken von Jugendlichen zum Rowdie- und politischen Banditentum begreifen.

Trotz des behördlichen Verbots tragen in der Schule hunderte von Jungen das Nazi-Parteiabzeichen und die braune Uniform der Hitler-Jugend -- unter der wohlwollenden Duldung des allergrößten Teiles der Lehrerschaft. Wobei den mit Linksparteien sympathisierenden Schülern selbst das Tragen einer unschuldigen Stecknadel mit rotem Kopf verboten ist.

Den Nazi-Schülern verübelt es niemand, wenn sie an faschistischen Demonstrationen teilnehmen. Wenn aber linksgerechte Schüler -- wie das in diesem Jahre zweimal passierte -- bei der Demonstration am 1. Mai im Zuge der KPD marschierten, so wurden sie relegiert (von der Schule verwiesen).

Nicht genug damit. Von der Behörde und von der Lehrerschaft geht man ganz systematisch vor. So wurde vor einem Monat der kommunistische „sozialistische“ Schülerbund verboten. Auf der anderen Seite wurde aber durch einen ministeriellen Erlaß (f), der vor ungefähr einer Woche bekannt wurde, der

nationalsozialistische Schülerbund (NSS) ausdrücklich gestattet, nachdem er 2 Jahre lang -- scheinbar verboten -- ein recht reges Leben geführt hat. Dieser Nazi-Schülerbund (NSS), der dem Reichsjugendführer Baldur von Schierach unterstellt ist, beherrscht völlig die Breslauer Schulen. Flugblätter und Zeitschriften, die der NSS herausgibt, können anstandslos in der Schule verteilt werden. Während man linksgerechte Flugblattverteiler vom Fleck weg verhaften läßt, während man nach „kommunistischen“ Schulzeitungen mühevoll fahndet, peinliche Verhöre anstellt und so fort.

Der Terror der NSS ist fast unerträglich. Ungestraft dürfen diese Bürschchen in Wort und Schrift drohen, „daß man die linken Schüler austrücheln werde!“ Schwarze Listen werden geführt.

Diese Zustände konnten erst einreißen, nachdem von sozialdemokratischer Seite, von seiten der sozialdemokratischen Schulmänner, das Wachsen der faschistischen Schulorganisationen begünstigt wurde. So ließ der SPD-Kultusminister Grimme speziell dem nationalsozialistischen VDA ein besonderes Wohlwollen angedeihen. Unter seinem Regime, auf Veranlassung gerade von SPD-Schuldirektoren, wurden die ersten Relegationen (Verweisungen von der Schule) linkstehender Schüler vorgenommen.

Trotz der behördlichen Schikanen, trotz des Terrors der Faschisten kämpfen aber die sozialistischen Schüler -- unbeschadet und ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit sei es irgendeiner der heute bestehenden Arbeiterparteien in einer wirklichen Einheitsfront gegen die NSS und den Vormarsch der Reaktion. Sie fühlen sich als die vorgeschobenen Posten im Kampf für die sozialistische Schule des kommenden Arbeiterstaates.

# SPD-Führer in Theorie und Praxis

### Skandalöse Behandlung und Brotlosmachung eines Veteranen der Arbeiterbewegung

„Darum fordert die Sozialdemokratie in genau ausgearbeiteten Anträgen Arbeitsbeschaffung, geordnete Volksernährung, Winterhilfe für Notleidende, Schutz notleidender Schuldner und Pächter usw.“ Dieser Satz in einem unlängst verbreiteten SPD-Flugblatt entspricht den üblichen Versprechungen der SPD. Wie diese aber in Wirklichkeit wahr gemacht werden, darüber berichtet nachstehend in einer Zuschrift an uns ein Klassen-genosse, der seit 30 (jawohl dreißig) Jahren der SPD angehört. Er schreibt:

„Im Gewerkschaftshaus Breslau, das von dem SPD-„Genossen“, ehem. Stadtrat Rasch verwaltet wird, den ein jeder freigeberkchaftlich organisierte Arbeiter ob seiner feinen Methoden kennen dürfte, wurde mir, dem Unterzeichneten, durch den verstor-

Immer wieder mußte ich Bittgesuche einreichen. Ich tat es nur des Alters wegen, denn ich bin 72 Jahre. Wie mir allem Kämpfen dabei zumute war, kann sich ein jeder denken, denn seit 30 Jahren stehe ich in der Arbeiterbewegung im Kampf gegen den Kapitalismus, und ausgerechnet vor „Arbeiterführern“ mußte ich mich immer wieder demütigen.

Ich möchte hier einfügen, daß ich im Jahre 1905 in Breslau den freien Steinhammer- und Steinhilfsarbeiterverband ins Leben gerufen habe und jahrelang dessen Vorsitzender war. Während des Krieges habe ich den freien Fleischerverband begründet, ohne auf die Familie Rücksicht zu nehmen, und wurde deshalb gezwungen, längere Zeit außerhalb Breslaus Mauern zu vegetieren. Auch den Fabrikarbeiterverband brachte ich mit dem Genossen Theodor Müller in der Vorkriegszeit zur vollen Blüte. Mein Kampf galt immer dem Kapitalismus. Ja, man war halt Arbeiterfunktionär aus Idealismus und nicht des Geldes wegen. Mir wäre es ein leichtes gewesen, auf Grund meines Organisationstalents eine bezahlte Bonzenstellung zu bekommen.

Nun wieder zur Sache. Im Mai 1930, also fünf Jahre nach meiner Anstellung, kam der neue Fahrradstand unter der Arbeiterbank, und wieder einmal wurde mir gekündigt. Wieder ein Bittgesuch, und man gewährte mir den neuen Stand. Das aber unter Bedingungen, welche skandalös sind für ein Arbeiterunternehmen. Ich wurde gezwungen, einen Vertrag zu unterschreiben, wie er gemeiner nicht gedacht werden kann. Monatlich 100 RM. Miete, 200 RM. Kautions und außerdem der Zwang, einer Unfall- und Diebstahlversicherung beizutreten, wofür auch halbjährlich 30 RM. zu entrichten waren. Und schließlich noch das Gemeinste, obwohl nicht im Vertrag stehend, mußte ich monatlich 30 RM. für die eingestellten Bonzenräder extra zahlen. Ich zahlte also den Monat etwa 130 RM. Miete, so daß mir durchschnittlich nur ein wöchentliches Einkommen von 35 bis 40 RM. übrig blieb. Dafür mußte ich laut Vertrag von

7.30 Uhr früh bis 1 Uhr nachts Dienst machen und außerdem noch die Hilfspersonen auf meine Kosten stellen. Zwei Personen täglich 17 1/2 Stunden Dienst für wöchentlich 35 bis 40 RM., wahrlich, da reicht Herr von Papen mit seiner Lohnrückerei nicht heran.

Die Not zwang mich aber, auch diesen Vertrag zu unterzeichnen. Während meiner siebenjährigen Tätigkeit ist es zu keinen Mißheiligkeiten mit den Einstellenden gekommen. Trotzdem trachtete der feine Genosse, mich auf die Straße zu setzen, und weil man mich persönlich nicht angreifen wollte, so hatte man, wie üblich, einen anderen Grund zur Hand. Am 15. September d. J. erfolgte erneut die Kündigung, weil angeblich mein Sohn, der mir im Fahrradstand hilft, und seit 14 Jahren Mitglied der SPD ist -- Kommunist sei. Pein ausgedacht, und dies zog auch bei der Herren des Aufsichtsrates. Ein Einspruch gegen die Kündigung blieb unbeantwortet und so mußte ich zum 15. Oktober raus. Der Anmarsch

## Genossin! Genosse!

### Wen bringst Du heute mit in die Versammlung?

### 20 Uhr im Schießwälder

benen SPD-Landtagsabgeordneten Theodor Müller für meine alten Tage eine Existenzmöglichkeit geschaffen in der Form, daß man mir dort im Jahre 1925 einen Fahrradstand einrichtete. Für die ersten Monate waren die Arbeitsverhältnisse zufriedenstellend und man überließ mir diesen Fahrradstand sogar kostenlos. Doch lange sollte ich mich nicht dieses Entgegenkommens des „Genossen“ Rasch erfreuen. Bald setzten die Schikanen dieses Herrn ein. Erst mußte ich 20 RM. Miete zahlen und als sich aus dem Stand ein Geschäft machen ließ, wurde die Miete von Jahr zu Jahr höher geschraubt.

In den folgenden Jahren setzte die immer mehr Verderben bringende Politik der SPD-Führung ihren „Siegesszug“ fort. Mir als altem Genossen pasten, wie so vielen Genossen, diese Handlungen der Führer nicht und ich stand deswegen seit Jahren auf dem linken Flügel der Partei. Während jeder Arbeiter das Recht der freien Meinungsäußerung hat, oder zum mindesten dafür eintreten muß, ist das in den von den SPD-Bonzen regierten Eigenbetrieben nicht der Fall, und ich mußte bald meine oppositionelle Einstellung büßen. Unter den jetzt einsetzenden Schikanen der „Genossen“ hatte ich ein wahres Martyrium auszustehen. Erlaubte ich mir nur ein Wort über die zu hohe Miete oder etwa abzuändernde Mängel zu sagen, kam nur die Antwort: „Sie können gehen!“ und pünktlich am Monatsersten traf die Kündigung ein. Im Laufe der letzten Jahre wiederholten sich die Kündigungen vier- bis fünfmal.

diesem von „Sozialismus“ trielenden Arbeiterheim vollzog sich unter Reichsbanner- und Polizeigewalt Anscheinend ging der Hauspascha Rasch von dem über dem Hauptportal des Gewerkschaftshauses stehenden Spruch „Weise im Rat, kühn zur Tat“ aus. Wenn dieser feine Herr denkt, mit derartigen Brutalitäten den Arbeitern beizukommen, so irrte sich der Herr und propagiert den Kommunismus mehr als ihm lieb ist.

Und das nennt sich Kampf gegen den Faschismus, im Freiheit und Sozialismus gez. Heinrich Scholz.

Jeder Kommentar würde diese Anklage gegen diesen SPD-Bürokraten nur abschwächen. Notwendig ist, daß die SPD-Arbeiter aus dieser nur noch im Sinne und nach den Methoden der schlimmsten kapitalistischen Ausbeuter eingestellten Politik und Tätigkeit ihrer Führer die Konsequenzen ziehen und mit der SAP für eine Gesundung der Arbeiterbewegung kämpfen.

## Öffentliche Versammlung der SAP, Ortsgruppe Liegnitz

Am Freitag, dem 28. Oktober, um 20 Uhr, findet im „Wintergarten“ unsere öffentliche Wahlversammlung statt. Redner ist Genosse Dr. Eckstein (Breslau). Die Spieltruppe des SJV, „Kolonie Links“, bringt eine Wahlrevue zur Aufführung. Riesenreklame in der Presse und an den Anschlagtafeln ist uns aus durchsichtigen Gründen nicht möglich. Die persönliche Werbung und Aktivität aller Genossinnen und Genossen muß daher um so eifriger erfolgen. Tue jeder seine Pflicht!

## Ein Jahr SAP Peisterwitz

Zu einer imposanten Kundgebung gestaltete sich die Jahresfeier der Ortsgruppe Peisterwitz der Sozialistischen Arbeiterpartei. Ein überfüllter Saal lieferte den Beweis, daß die vom politischen Gegner schon so oft totgesagte SAP in rüstigem Vorwärtsschreiten begriffen ist.

Eingeleitet wurde die Veranstaltung durch Rezitationen und einen Sprech- und Bewegungschor der Spieltruppe des SJV Brieg. Schon diese Darbietungen zeigten, auf welcher klaren politischen Linie sich die Sozialistische Arbeiterpartei bewegt.

Genosse KIRSTEIN beleuchtete als Redner des Abends die Entstehung und Entwicklung der SAP und zeigte das ungeheure Aufgabengebiet, das nunmehr von der Partei und von der gesamten Arbeiterklasse zu bewältigen ist. Mit ganz besonderem Interesse wurden die praktischen Vorführungen eines Lehrzuges des SSB Breslau, sowie die Darbietungen einer Juu-litsa-Gruppe verfolgt. Der stürmische Beifall für alles Gebotene bewies, daß die SAP sich auf dem richtigen Wege befindet. Alt und Jung blieb bis zum Eintritt der Polizeistunde bei fröhlichem Tanz beisammen. In echter proletarischer Solidarität wurde den aus Breslau erschienenen Schutzbundgenossen Nachtquartier gewährt und die liebevolle Betreuung, die unseren Schutzbundmitgliedern sowohl von kommunistischen, als auch von sozialdemokratischen Quartiergebern zuteil wurde, war ein wirklicher Beweis der Klassenverbundenheit des Proletariats. So möge denn die Jahresfeier der SAP Ortsgruppe Peisterwitz nicht nur eine Feierstunde gewesen sein, sondern gleichzeitig auf dem Wege zur Schaffung der Einheitsfront einen Schritt vorwärts bedeuten.

## Ein Jahr SAP in Ols!

Gründungsfeier der SAP, Ortsgruppe Oels am Sonntag, den 30. Oktober 1932, um 20 Uhr im Volkshaus.

R u s s e n f i l m: Der Mann, der sein Gedächtnis verlor, im weiteren Programm: Musik, Rezitationen, Ansprache.

K l a s s e n g e n o s s e n! Ein Jahr SAP Oels im Kampfe gegen Faschismus und Reaktion! Ein Jahr SAP! In diesem Jahre hat sich überall die Notwendigkeit der Soz. Arbeiterpartei gezeigt. Ueberall da, wo eine Ortsgruppe der SAP bestand, kam es zu einer näheren Verbindung zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern, in vielen Orten kam die rote Einheitsfront zustande! Auch in Oels wollen wir als SAP gemeinsam mit allen Werktätigen zusammen die wirkliche Einheitsfront schließen! Deshalb,

## Arbeitereltern!

### Befreit Eure Kinder am 9. November vom Schulunterricht

Arbeiter von Oels, zeigt, daß Ihr gewillt seid, mit uns gegen Faschismus und Reaktion zu kämpfen! Unser Kampf, ist Euer Kampf! Kommt zu unserer obigen Veranstaltung, unterstützt uns im Kampf!

Eintrittspreis 20 Pfg.

Kampfbereit

Soz. Arbeiterpartei Oels.

Alle Genossinnen und Genossen, die Karten zum Vorverkauf haben, bitten wir, alle nicht verkauften Karten bis Sonnabend abend oder Sonntag früh abzugeben, um einen Ueberblick für die Veranstaltung zu haben.

Jeder Genosse, jede Genossin! Wirbt einen Abonnenten für unsere **SAZ**



**Wir sind stolz darauf unseren Kunden die reinsten u. feinsten Branntwein- u. Getreidekornmarken in Breslau verkaufen zu können!**

**Fache-Branntwein-Marken:**

- Feiner Breslauer vollwertig durch Verwendung von Roggenkorn . . . . . 1.50
- Feiner alter Breslauer das älteste Brauwerkzeug mit Chalksteinen . . . . . 1.60
- Fache Edelmarke ausw. aromatisch durch Dinstfakt und Rosenkorn . . . . . 1.80
- Fache Krom die höchste Qualitätsmarke, kompl. zehnfach durch Weizenkorn . . . . . 2.00
- Fache Exquirit alkohol. mit durchdringendem Charakter . . . . . 2.40

**Fache-Getreidekorn-Marken:**

- Fache Weizenkorn das beste aus allen Brauereien Korn, unter Stroh . . . . . 2.30
- Fache Roggenkorn die Elite-Qualität . . . . . 2.30
- Fache Getreidekorn ausw. Brauwerkzeug, etwas ganz Auserlesen . . . . . 2.70
- Jagdkorn (Doppelkorn), vollaromatisch, reines, ohne befeuchtendes Brauwerkzeug, Kornstärke 17, 0.8 Ltr. in Original-Steinkörnen . . . . . 2.60

**Qualität, Bekömmlichkeit, Alkoholstärke und Preis achten**

**Zum Mädchenmord in Oels**

Oels, 25. Oktober. Der wegen Mordes an der 20jährigen Gertrud Kluge festgenommene 22jährige Kutscher Mandel hat in weiterer Vernehmung die Behauptung fallen gelassen, daß es sich um einen Selbstmord handele. Er behauptet nunmehr, daß er die Kluge auf ihr eigenes Verlangen getötet habe. Da aber der Täter einige Zeit vorher Bekannten gegenüber geäußert hatte, daß er das Mädchen erschließen würde, falls er es nicht bekäme, wird auch diese Aussage als falsch angesehen. Die Ermordete und Mandel waren am Sonntagabend zu einem Tanzvergnügen gegangen. Nach Mitternacht begaben sie sich gemeinsam auf den Heimweg. Der Wächter des Schlosses hatte den Schuß gegen 1,15 Uhr gehört. Er fand das Mädchen bereits tot auf. Der Täter muß sofort nach der Tat geflüchtet sein.

**Das größte Landflugzeug der Welt**

Der Schlesiergruppe des Deutschen Luftfahrtverbandes war es gelungen, das der Deutschen Luftflotte gehörende größte Landflugzeug der Welt, die Junkersmaschine G 38 „D 2500“, für einige Tage nach Breslau zu bekommen. (Was eine ausgezeichnete Reklame für den nationalistischen Luftfahrtverband war.)

Das Riesenflugzeug, das eine Besatzung von sieben Mann an Bord hat und 32 Personen, außerdem noch etwa 1000 kg Luftkprefigut und Post befördern kann, traf Sonnabend nachmittag um 14 Uhr in Breslau ein und landete nach einem Rundflug über der Stadt im Flughafen Gandau.

Der Luftreise hat eine Flügelspannung von 43 m und ein Gewicht von 420 Zentnern. Es ist mit vier Motoren ausgerüstet, die eine Gesamtleistung von 2600 PS entwickeln und ihm eine Reisegeschwindigkeit von 170 bis 180 Stundenkilometern verleihen. Während seines dreitägigen Aufenthalts in Breslau führte der Riesenvogel zehn Rundflüge über der Stadt mit je 35 Fluggästen aus.

**Hilferufe aus der Oder**

Am 24. Oktober gegen 21 Uhr erschien, wie der Polizeibericht sagt, der Schlosser G. auf der Polizeiwache und zeigte an, daß er gegen 20,30 Uhr Hilferufe einer Frau aus der Oder gehört habe. Man vermutete, daß eine

Pratt in selbstmörderischer Absicht in die Oder gesprungen sei und benachrichtigte die Feuerwehr, welche die Oder vergeblich absuchte. Man fand am Ufer ein Paket mit Schnitt und Wurst vor. Kurz zuvor war auf dieser Polizeiwache eine Vermißtenanzeige betreffend die 24jährige Verkäuferin Paula S., die Friedrich-Wilhelm-Straße wohnt, abgegeben worden. Die anzeigende Schwester glaubt, daß das Paket ihrer Schwester gehöre. Bei dieser Sachlage ist anzunehmen, daß die Vermißte Selbstmord verübt hat.

**Der „ungetreue“ Beamte**

Die Breslauer Strafkammer verurteilte heute den 53 Jahre alten Bürohilfsarbeiter Erich Tschirschnitz aus Breslau wegen fortgesetzter schwerer Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrug und fortgesetzter Bestechung in zehn Fällen zu insgesamt 10 Monaten Gefängnis. T. war seit dem Jahre 1921 bei der Breslauer Regierung tätig. Seit 1925 stand er im Beamtenverhältnis. Seit 1927 war er im Staatsangehörigkeitsbüro beschäftigt und hatte dort die Einbürgerungsanträge zu bearbeiten. 1930 und 1931 trat er dann mit Ausländern, besonders mit polnischen Staatsangehörigen, die Einbürgerungsanträge gestellt hatten, in nähere Föhlung, indem er ihnen in Aussicht stellte, ihre Anträge würden bevorzugt behandelt werden, wenn sie durch seine Hände gingen und er sie besonders beifürwortete würde. Er hat sich in einer ganzen Reihe von

**Deutscher Freidenker-Verband**

Abtlg. Zimpel-Bischowswalde. Am Donnerstag, dem 27. Okt., 8 Uhr abends, Protestversammlung bei Wittke.

**„Es lebe der Zwickel“**

Mitwirkende u. a.: Prete Turnerschaft, Kinder der Sammelschule.

Fällen geldliche Vorteile gewähren lassen, indem er entweder Beträge erhielt oder sich Darlehen geben ließ. Insgesamt hat er auf diese Weise 1810 RM erhalten. Tatsächlich hatte er aber gar keinen Einfluß auf den Gang der Anträge, und mancher der Antragsteller ist heute noch nicht eingebürgert worden. Der Angeklagte, der ein Monatsgehalt von 420 RM hatte, entschuldigte sich mit großer Not, da er ein schweres Augenleiden habe.

**Das Spiel mit dem Spiritus**

Ein Kind getötet, zwei schwer verletzt

Beuthen, 25. Oktober. In Groß-Wilkowitz spielten heute nachmittag die Kinder der Witwe Respondek, als diese auf dem Felde wollte, zu Hause mit dem Feuer und gossen Brennspritus in den Ofen. Alle drei Kinder wurden von den Flammen erfaßt und erlitten schwere Brandwunden. Ein vierjähriges Mädchen ist den Verletzungen erlegen; die beiden anderen, zweieinhalb und sechs Jahre alten Kinder befinden sich in Lebensgefahr.

**„Warum versagte die Demokratie und der Parlamentarismus?“**

Liegnitz. Zu diesem Thema referierte in einem Vortragabend des Bildungsverbandes der Buchdrucker Genosse Dr. Fabian (Breslau). In der Diskussion sprach der Geschäftsführer der hiesigen SPD-Zeitung, Genosse Göser und der Angestellte der Holzarbeiter, und Vorsitzende des ADGB-Ortsausschusses, Genosse Fischer. Während ersterer immer wieder die Spaltung der Arbeiterklasse für die heutige Lage verantwortlich machen wollte, ohne auf die Ursachen hierzu einzugehen, ja, sich sogar zu dem Satz verstellte: „Und wenn der ADGB 8 Millionen Mitglieder zähle, sei ein Kampf unmöglich“, meinte Genosse Fischer, mit dem Eigenunternehmen der Arbeiterschaft und im besonderen der Einlage der Spargelder der Proleten bei der Arbeiterbank ernsthafte Schritte für die Verwirklichung des Sozialismus tun zu können. Beide Redner anerkannten die rein sachlichen Ausführungen des Genossen Fabian, die sich an Tatsachen gehalten hätten, die nicht bestritten werden könnten! Das Schlusswort des Referenten fand lebhafteste Zustimmung der 150 Anwesenden. — Der ursprünglich für diesen Abend vorgesehene Vortrag des Genossen Dr. Sternberg findet wegen dessen Erkrankung in einigen Wochen statt.

**Kumpeltod**

Der auf dem Fürstlichen Tiefbau beschäftigte 49 Jahre alte Dreher Karl Gutschmann aus Seifendorf erlitt zu Beginn der Nachtschicht an seiner Arbeitstätte einen Herzschlag.



**SAP**  
Bezirk Mittelschlesien: Sekretariat: Breslau Kleine Holzstraße 3 Telefon 56768  
Achtung! Parteigenossen! Alle 5 Pfg.-Karten für die politischen Gefangenen, sowie die Sammelkarten der Sozial-Arbeiter-Hilfe sind bis Ende dieses Monats im Büro, Kl. Holzstr. 3, Dienstag und Freitag von 19-20 Uhr, abzurechnen. Sov. Anzeigerhilfe.  
Stadtteil Mitte: Donnerstag in der Stadt Leipzig, Ref. Kiestein.  
Distrikt 48: Distriktsversammlung im Strandbad Stabswitz am Freitag, 28.10.  
SAP, Ortsgruppe Liegnitz: Freitag 28. 10., 20 Uhr im Wintergarten Öffentliche Wählerversammlung. Ref.: Gen. Eckstein (Breslau). Die Spieltruppe des SIV, „Kolonne Links“, wirkt mit.  
SAP-Genossen, die von Beruf Musiker sind und einen Film begleiten können, möchten sich sofort im Parteilbüro melden.

**SIV**  
Sekretariat Kl. Holzstr. 3  
Sprechstunden Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10-12 Uhr u. Donnerstag von 18-20 Uhr

Heim 5: Der Heimabend fällt heute aus. Wir gehen in den Schieferwerder! 10 Pfg. mitbringen.  
Heim 8: Unsere Mitgliederversammlung findet erst morgen statt! Wir gehen heute in den Schieferwerder.

Freidenkerjugend Breslau, Gruppe Nord: Achtung! Heute, pünktlich 20 Uhr, im Herrn Michaelstraße 36, haben wir einen Gruppenabend mit dem Thema: „Kampfbilder aus dem Kapp-Putsch“. Gäste willkommen!

**Breslauer Volksbühne, e. V.**

Es ist der Volksbühne gelungen, August Schöffel, den Dichter des „Ostwind“, für einen Vortragsabend am Donnerstag, den 3. November, im Schiedmayer-Saal, zu gewinnen. — Eintrittskarten für Mitglieder der Volksbühne zum Preise von 75 Pfg. in der Geschäftsstelle, Schweltditzer Straße 8a, für Nichtmitglieder zum Preise von 1 Mk. auch bei Hainauer.

**Geschäftliches**

Kinder trinken so gern Schokolade. Geben Sie ihnen Kaba. Kaba enthält die gleichen Nährstoffe wie Muttermilch ferner Trauben- und Fruchtzucker, Kalk und Phosphorsäure, fördert also Knochen- und Zahnbildung. Wichtig ist auch, daß Kaba nicht stößt. Für 30 und 60 Pfg. bekommen Sie Kaba überall. Sie werden Ihre Freude haben, wie Ihre Kinder nach Kaba gar diihen.

**STADTTHEATER**  
Mittwoch 20—gegen 22.30  
Abonn.-Vorst. F 4  
**Die Entführung aus dem Serail**  
Donnerstag, 20—gegen 23  
**Der Freischütz**  
Freitag, 19.30—23  
**Der Teufelsbringer**

**LOBETHÉATER**  
Täglich 20.15—22.30  
**Die endlose Straße**  
Sonntagabend, 20.15  
Zum 1. Male!  
Shakespeare's  
**Komödie der Irrungen**  
in neuer Fassung v. Hans Rothe

**GERHART-HAUPTMANN THEATER**  
Täglich 20.15—22.15  
**Meine Schwester und ich**  
Sonntagabend, 20.15  
Zum 1. Male!  
**Donnerstag, 17. April**  
Schauspiel von Ludwig Zilber

**KABA**  
Steits frisch zu haben bei  
**Kurt Reichert**  
Kolonialwaren  
Steinauer Straße 20  
Ecke Leuthenstraße

**Kleine Anzeigen**  
in der SAZ sind erfolgreich und billig!

Verantwortlich: Paul H a n n a c k, Breslau; Insetts: Herbert Scholz, Breslau, Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung“ Breslau, Lohndruck: Th. Schatzky AG., Breslau, Neue Graupenstr. 7.  
Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, I. Treppe, Telefon 206 02.  
Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3, Postfach 660 Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Konto Nr. 102 92.  
Anzeigenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Tarife.  
Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, I. Treppe, Telefon 206 02.

**Wo decke ich meinen Bedarf?**

**ZENTRUM**  
**Drogen Farben Foto**  
**Matthias** Gartenstraße 10  
**Sport und Funk**  
billigste und beste Bezugsquelle für alle Sportartikel und Radio-Geräte  
Schweidnitzer Straße 20/21 (neben der Dorotheenkirche)  
**C. G. Müller's**  
Probier-Kaffee 1/2 Pfd. 60 Pfg.  
als reichschmeckender kräftiger Goutemah  
Jeden Tag frisch geröstet  
Jetzt nur noch **Neue Taschenstr. 1b** gegenüber Altkaz.  
früher Poststraße 4  
Wo kauft man seine Ledersohlen?  
Bei **Gutsche** — Überall empfohlen!  
**Albert Gutsche, Reuschestr. 32/33**  
Belannt leitend für Leder- und Schuhbedarfsartikel!  
Beltschauer Straße 19/21 • Bohrauer Straße 43 • Poststraße 7 • Poststraße 94  
**Genossen Beachtet**  
unsere Inserate!

**Richard Pusch**  
Kauf bei Blasse!  
Blasse ist billig!  
Kauf bei Blasse nur Graupenstr. 6/10

**ODERTOR U. SCHEITNIG**  
**Hädel u. Konditorei Karl Pusch**  
Mehringstraße 22  
Filiale: Sternstraße 122 — Carlswilzermarkt 11  
**Richard Gelse** Fleisch- u. Wurstwaren  
Mehringstraße 21  
**Wilhelm Kupczyk**  
Schiefworderstraße 51  
Kolonialwaren Lebensmittel  
billig bei  
**Leder K. Becker**  
Engelgasse 5  
**HERMANN NICKISCH**  
9% Kolonialwaren Gertrudenstr. 2 9%

**ff. Fleisch- u. Wurstwaren**  
nur bei Bruno Kastner, Adolfsstr. 14  
**Reserviert!**  
Nr. 101  
Gebt in den Geschäften die **Bons** ab!  
Wir lesen die **SAZ**  
**Sozialistische Arbeiter-Zeitung**  
Geschäftstesteller Kl. Holzstr. 3. Tel. 20602  
und kaufen in Zukunft nur noch bei unserer  
**Inserenten**

# Lehrer und Eltern in gemeinsamer Front

## Um die Kirchenaufsicht — Grauenhafte Zustände an den Volksschulen

In einer von den evangelischen Eltern und Lehrern veranstalteten Versammlung in Dortmund nahmen die Eltern zu dem von den Lehrern bereits gefassten Entschluß, Stellung, wonach die Lehrerschaft die vom preußischen Kommissar verfügte Aufsicht der Kirche über den Religionsunterricht ablehnen und den Versuch der Durchführung mit der Niederlegung des Religionsunterrichtes beantworten würden. Die Lehrerschaft stützt sich dabei auf den Artikel 149 der Reichsverfassung; wenn jetzt so würde in der Versammlung ausgeführt, ungeachtet der in der Versammlung gewährtesten Selbständigkeit der Schule der Kirche das Aufsichtsrecht über den Religionsunterricht eingeräumt wird, so ist das der Anfang von der Ausschaltung des Staates und die völlige Unterordnung des gesamten Volksschulwesens unter die Kontrolle der Kirche. Man brauche sich nur den bereits fertigen Entwurf des Reichsschulgesetzes anzusehen, um zu erkennen, worauf die Machthaber der evangelischen Kirche hinauswollen.

Es mutet deshalb auch eigentümlich an, wenn zwar die Elternschaft in einer in der Versammlung gefassten Resolution die Stellung der Lehrer billigt, daß man aber von der Kirche erwartet, sie „eine Vereinbarung über die Erteilung des Religionsunterrichts mit den Lehrern trifft, die auf gegenseitiges Vertrauen aufgebaut ist.“

Die Versammlung befaßte sich weiter mit den grauenhaften Zuständen, die durch Unterernährung und schlechte Bekleidung unter den Schülern eingetreten seien und in den Schulen selbst durch Sparmaßnahmen der Gemeinden und Kommunen herbeigeführt werden. Zusammengepfercht sind die Kinder oft in Räumen untergebracht, die eher mit einem vernachlässigten Gefängnis als mit einer Schule zu vergleichen sind.

Aber was das schlimmste ist, so wurde berichtet, ist der Gesundheits- und Ernährungszustand der Kinder, der sich zu einer Gefahr für das Leben der Kinder auszuwirken beginnt. Hungerig und ohne Frühstück kommen sie zur Schule. Ohnmachts- und Schwächeanfälle sind in den Schulen an der Tagesordnung. Sie erbrechen Wasser, weil sie sonst nichts im Leibe haben. Der Präsident der Landesversicherungsanstalt Hannover gab kürzlich einen Bericht über die in den dortigen Heimen untergebrachten Kinder, in dem gesagt wird, daß

„die körperliche Verfassung der Kinder schlechter ist als in den Kriegsjahren. Viele sind an warmes Essen überhaupt nicht mehr gewöhnt, so daß sie nichts mehr bei sich behalten können.“

Um die allergrößte Gefahr von den Kindern abzuwenden, beschloß die Versammlung, eine Winterhilfe einzurichten, um durch Geldsammlungen eine allgemeine Milchspeisung an den Schulen einführen zu können. Ebenfalls ist beabsichtigt, Kleidersammlungen zu veranstalten, damit den Kindern überhaupt die Möglichkeit gegeben wird, im Winter noch die Schule zu besuchen.

So gestaltete sich die Versammlung zu einer einzigen Anklage gegen die von Regierung und Kommune betriebene Politik, die mit der kalten Begründung, daß kein Geld da sei, die allernotwendigsten Bedürfnisse zur Erhaltung der Kindererziehung, und viel mehr noch der Kindergesundheit, einfach außer acht läßt. Gewiß ist es zu begrüßen, wenn bei der sträflichen Vernachlässigung seitens der zuständigen Instanzen die Eltern und Lehrer zur Selbsthilfe schreiten. Allein sollten sich Eltern und Lehrer darüber klar sein, daß mit dem bloßen Hilfswerk bitterwenig getan ist, und dadurch bestenfalls die größte Not in Einzelfällen gemildert wird. Was getan werden muß, ist, den unentschlusenen Kampf der ganzen Klasse aufzunehmen gegen ein System, für das selbst das Los der Kinder nichts mehr, die Ausbeutung alles bedeutet. D. d.

# Luftschutzpropaganda im Reichsarbeitsblatt

Daß die verantwortlichen amtlichen Stellen des Reiches mit einem neuen Kriege rechnen, beweist nicht nur die Propaganda Schleiers für die Gleichberechtigung Deutschlands in wehrpolitischer Hinsicht, sondern zeigen auch die Abhandlungen in den amtlichen Veröffentlichungen, wie z. B. im letzten Heft des Reichsarbeitsblattes. Dort beschäftigt sich der Oberregierungsrat Bertheau unter dem Titel: „Luftschutz“ mit den Abwehrmöglichkeiten eines Fliegerangriffes. Ueber die Wirkung schreibt er einleitend:

„Bei einem Flugzeugangriff kommen Sprengbomben, Gasbomben und Brandbomben zur Verwendung. Die Bombenlast, die ein Flugzeug tragen kann, beträgt bis zu 4000 kg und mehr; ein besonders großer Flugzeugtyp trägt sogar Bomben im Gesamtgewicht von 8400 kg. Der Aktionsradius der Bombenflugzeuge beträgt etwa 1000 km vom Flughafen aus, so daß praktisch kaum ein Ort Deutschlands sicher vor Luftangriffen ist. Die Sprengbomben sind entweder Splitterbomben bis zu 1000 kg Gewicht, die für lebende Ziele verwendet werden, oder Minenbomben zur Zerstörung von Bauten, die bis zu 1800 kg Gewicht hergestellt werden. Die Zieleinrichtungen sind bedeutend verbessert worden und die Treffsicherheit ist gerade bei den schweren Bomben verhältnismäßig hoch. In den Gasbomben werden Kampfstoffe im gasförmigen oder flüssigen Zustand benutzt. Der Wirkung der Stoffe nach kann man reizende, lungenschädigende und Hautgifte unterscheiden. Die flüssigen sind die gefährlichsten, weil sie die heranreichenden Luftmassen immer von neuem versetzen. Die Brandbomben sind kleine Elektronbomben von 0,2 bis 1,0 kg Gewicht mit Thermitfüllung. Sie können in großer Anzahl mitgeführt werden, um zahlreiche Brandherde zu verursachen. Sie entwickeln eine Temperatur von 3000 Grad und üben sehr starke Brandwirkungen aus. Sie können weder mit Wasser noch mit Schaumlöschern, bei aufkommendem Feuer jedoch durch Aufschütten von

# Ein Arbeiterunternehmen niedergebrannt

Strasburg, 25. Oktober.

Die Arbeiterglashütte von Arzweiler in Lothringen, die vor kurzem erst ihr erstes Betriebsjahr mit günstigen Ergebnissen abgeschlossen hat, ist durch einen Großbrand zum Teil zerstört worden. Das Feuer brach in der Schleiferei aus, der einstürzende Dachstuhl zerstückte die Inneneinrichtung. Auch einige Nebengebäude sind zerstört. Der Gesamtschaden wird auf eine halbe Million Franks geschätzt. Trotz der schweren Brandschäden kann der Betrieb der Glashütte, die gewerkschaftliches Eigentum der Arbeiter ist und 176 Arbeitskräfte beschäftigt, aufrechterhalten werden.

Während die Motorspritze der Stadt Saarburg zur Bekämpfung dieses Brandes nach Arzweiler zu Hilfe geeilt war, brannte der unweit Saarburg gelegene Saarfallinger Hof nieder, dessen Wirtschaftsgebäude erst im letzten Sommer ein Raub der Flammen geworden und eben erst wieder aufgebaut waren. Nun hat das Feuer die neuen Scheunen samt den Erntevorräten und einige im Juli vom Feuer verschonte Stallungen vernichtet. Der Schaden wird auf 450 000 Franks beziffert.

# Warum Gott die Arbeitslosigkeit schuf

In der Halbmonatsschrift „Neue Landesblätter für erneuertes Christsein, für soziale Gestaltung, für wahres Deutschland, für mutige Tat“ heraufgegeben von Guido Diehl Nr. 3, 1932 hat der Herr Dekan Otto Scriba aus Eisenach den wahren Grund der Arbeitslosigkeit entdeckt. Er schreibt: „Wir haben unsere von Gott gegebenen Fürsten abgesetzt, haben die Häupter arbeitslos gemacht, daß sie nicht mehr, wie sie es gewohnt waren, und wie sie es pflichtgemäß getan haben, zum Wohle ihres Volkes wirken durften. Und nun wundern wir uns, daß unser Volk eine solche Not erleiden muß, wie sie die Arbeitslosigkeit uns vor die Augen stellt. Ein Volk, das sein Haupt (gemeint ist Wilhelm der Ausgerissene, d. Red.) zur Arbeitslosigkeit verdammt, kann sich nicht wundern, wenn als Gottes Antwort auf solche Taten die Arbeitslosigkeit von Millionen folgt.“ Wir sind zwar allerhand von klerikaler Seite gewohnt, aber dieser Unsinn übersteigt denn doch alles bisher Dagewesene.

# Die Grönland-Film- Expedition zurückgekehrt

Hamburg, 25. Oktober.

Das norwegische Filmschiff „Jordenskjol“ mit den Mitgliedern der Panckschen Grönland-Expedition ist heute vormittag im Hamburger Hafen eingetroffen. Mit der Expedition ist u. a. auch der bekannte Flieger Udet zurückgekehrt. Leut Riesenfeld war, wie gemeldet, bereits vor mehreren Wochen den übrigen Mitgliedern der Expedition vorausgereist.

# Im Bühnenhaus niedergeschossen

Die bekannte Berliner Kammersängerin Gertrud Bieder nagel wurde vor einigen Tagen nach der Vorstellung von „Siegfried“ von ihrem Mann, dem Bankier Hintze, auf einer Treppe des Bühnenhauses der Staatsoper niedergeschossen.

Zwischen den beiden Eheleuten scheinen in letzter Zeit Zerwürfnisse aufgetreten zu sein. Der die Sängerin behandelnde Arzt, Professor Neupert, hat einem Berliner Blatte zufolge erklärt, daß das Befinden der Sängerin leidlich sei und daß er hoffe, sie durchzubringen.

# Die Einheitsfront

SPD., SAP-, u. KPD.-Genossen sind sich darüber einig, daß



# DIE ENTE

die beste und billigste politisch-satirische Wochenschrift ist.

Sie erscheint jeden Donnerstag!  
Preis 10 Pfennig

Bei allen Zeitungshändlern erhältlich - Probenummern gratis vom Verlag der ENTE, Berlin W 30, Haberlandstraße 7

# 28 Hüttenarbeiter gasvergiftet

Rosenberg (Oberpfalz), 26. Okt.

Bei der Wiederinbetriebsetzung der bisher stillgelegten Oefen der Maximilianhütte ereignete sich ein schwerer Betriebsunfall. Aus undicht gewordenen Leitungen strömte Gas aus, wodurch 28 Hüttenarbeiter teils schwere, teils leichte Gasvergiftungen erlitten. Glücklicherweise besteht in keinem Falle Lebensgefahr.

# Der Kaiser ging, die Generäle blieben

79) Ein deutscher Roman  
Von THEODOR PLIVIER  
Copyright 1932 by MALLIE-VERLAG A.-G., Berlin W 30  
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks,  
der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

Barth und die Vertreter des linken Flügels jubeln.

Dittmann und die vom rechten Flügel haben für diese eindeutige, nicht mißzuverstehende Formulierung nicht gleich passende Gegenargumente bereit. Sie berufen sich nur auf Haase, der ja bald kommen müsse, und ohne den man endgültige Entscheidungen nicht treffen könne.

Dittmann will sofort nach Hamburg fahren, um Haase zu holen. Ein Auto brauche er dazu und einen Geleitschein, oder besser zwei, einen, soll Scheidemann unterschreiben, den andern sicherheitshalber Liebknecht.

Während man noch über Haase, über Beschaffung eines Militärautos, über Ausstellung der Geleitscheine und die notwendigen Unterschriften disputiert, geht die Tür auf und Scheidemann guckt herein. Die Gewerkschaftsfunktionäre Brolet und Heller sind bei ihm.

„Seid ihr nun endlich zu einem Entschluß gekommen?“ fragt Scheidemann.

„Wir müssen uns doch erst über die Grundformen der neuen Republik schlüssig werden!“

„Ist denn wenigstens schon so etwas wie ein Entwurf da?“

Der Schriftführer bringt den von Liebknecht diktierten Text.

Scheidemann nimmt ihn in die Hand und liest: er stutzt bei den entscheidenden Zeilen, und um sich zu sammeln, liest er ein zweites Mal.

„Ja, aber Leute, wie denkt ihr euch das denn eigentlich?“

„Das muß so sein!“  
„Anders gehts nicht!“  
„Auf anderes können wir uns nicht einlassen!“

„Außerdem muß Haase ja bald kommen!“ Scheidemann macht Einwendungen, er versucht es mit seinem grauen Kopf, mit dem väterlichsten Tonfall, der ihm zur Verfügung steht. Nach langen Hin- und Herreden gelingt es ihm, den entscheidenden Satz abzuwandeln in den Wortlaut:

„In dieser Republik soll die gesamte legislative, exekutive, jurisdiktionelle Macht ausschließlich in den Händen von gewählten Vertrauensmännern der werktätigen Bevölkerung und der Soldaten sein.“

Diese Fassung hat den Liebknechtschen Entwurf zwar nicht grundlegend verändern können, aber so ist es nicht mehr „schreiender Bolschewismus“ und die Worte „gewählte Vertrauensmänner“ lassen auch den sozialdemokratischen Führern noch Türen offen. Und wenn lange genug darüber debattiert wird, vielleicht auch den bürgerlichen Führern, ohne die die Sozialdemokratie sich eine Regierung nicht vorstellen kann.

Nur halb zufrieden mit dem Erreichten verläßt Scheidemann die Unabhängigen und überbringt seinen Genossen den Text. Es wird sogleich eine Abschrift hergestellt und dem Parteivorsitzenden Ebert in die Reichskanzlei geschickt.

Ebert kann den Ueberbringer nicht gleich vorlassen.

Der Reichskanzler Ebert hat im Bibliothekszimmer den Vizekanzler v. Payer, den Staatssekretär Haußmann und noch einige Exzellenzen des alten Kabinetts um sich versammelt und berät mit ihnen die zu unternehmenden Maßnahmen gegen die revolutionäre Bewegung. Dieselbe Idee, die er sich dem Prinzen Max gegenüber verpflichtete und die er Scheidemann im Reichstagsrestaurant entgegen geschleudert hat, schlägt er hier als die beste Lösung vor: Schleunige Einberufung einer Nationalversammlung!

Die gestürzten Minister erklären sich mit dieser Idee im Prinzip einverstanden. Feste Zusagen für ihr Eintreten in das von Ebert

zu berufende Kabinetts können sie jedoch noch nicht geben. Das hänge vom Einverständnis ihrer Parteien ab, erklären sie.

Die Herren stehen auf und gehen.

Ebert läßt den Genossen hereinrufen.

Er liest den von den Unabhängigen aufgesetzten und von Scheidemann gemilderten Entwurf für eine gemeinsame Regierungsbildung. Sorgsam geht er des Schriftstück Punkt für Punkt durch und legt es auf den Tisch zurück.

„Unmöglich, darauf können wir uns nicht einlassen.“

„Dann schicken wir den Unabhängigen also eine Absage?“

„Nein, das geht auch nicht.“

Ebert sucht nach einem Ausweg, und wieder verfällt er dem gleichen Gedanken, der ihm schon mehrmals an diesem Tage gekommen ist, den er aber nicht auszusprechen wagt; nicht nur die radikalen Arbeiter und die Unabhängigen, auch seine eigenen Genossen würden ihn als Verrat aufnehmen. Während Ebert noch grübelnd vor dem Botsitzer, tritt ein Kanzleidiener ein und meldet: „Seine Großherzogliche Hoheit, Prinz Max von Baden.“

Ebert verabschiedet den Genossen. Reisefertig betritt Prinz Max das Bibliothekszimmer und findet Ebert allein vor. Er drückt ihm die Hand, um sich von ihm zu verabschieden.

„Ich bitte Sie dringend zu bleiben!“ sagt Ebert.

„Zu welchem Zweck?“ fragt der Prinz zurück.

„Ich möchte, daß Sie als Reichsverweser bleiben!“

Es ist der Rat, den auch die gestürzten Minister dem Prinzen gegeben haben, der gleiche Vorschlag, den sie Ebert gemacht haben. Aber der Prinz hat seinen Entschluß gefaßt. In Aschersleben will er mit seiner Frau zusammentreffen, unterwegs das Herzogspaar von Braunschweig mitnehmen, um auf seine Besitzung Salem am Bodensee zu fahren. Ein Sonderzug ist ihm für die Reise gestellt worden. Scheidemann hat ihm einen Geleitschein ausgestellt.

Auf das Angebot Eberts erwidert der Prinz:

„Ich weiß, daß Sie im Begriff sind, mit den Unabhängigen ein Abkommen zu treffen, und mit den Unabhängigen kann ich nicht zusammenarbeiten!“

„Die Unabhängigen werden in der Regierung gebraucht.“

Ohne die Unabhängigen bekommen die Sozialdemokraten die Massen nicht hinter sich, ohne Mitwirkung der USP-Führer werden die Mehrheitssozialisten niemals mit dieser „fürchterlichen Sache“ fertig werden, — das weiß Ebert, das weiß auch der Prinz. Sie drücken sich zum letzten Mal die Hand, ein Prinz von Baden und ein badischer Untertan, der auch in der exponierten Stellung, zu der die Ereignisse ihn hochgetragen haben, loyal geblieben ist.

Auf der Schwelle dreht sich der Prinz noch einmal um:

„Her Ebert, ich lege Ihnen das Deutsche Reich ans Herz!“

Ebert steht mit vorgeneigtem Kopf neben der Tür und antwortet:

„Ich habe zwei Söhne für dieses Reich verloren!“

Das Band von Gesichtern reißt nicht ab, — Männer in Arbeitskitteln, in Soldatenröcken, Lehrlinge, Ladenmädchen, Frauen. — In grauen Tropfen sickert es aus den Mietskasernen, aus den Höfen und Hinterhöfen, rinnt auf den Straßen nebeneinander her, schwillt an zu Zügen und mündet in die Flut ein, die durch die innere Stadt treibt, am Polizeipräsidium und am Schloß vorbei, die breite Straße Unter den Linden, die Mittelpromenade, Fahrdämme und Trottoirs ganz ausfüllend, es zieht langsam durch die fünf Durchgänge des Brandenburger Tores, umdrängt das aus allen Fenstern festlich erstrahlende Reichstagsgebäude, zweigt nach Norden ab, am Rande des Tiergartens entlang, an den Kasernen und an der Gefängniszitatele Moabits vorbei, teilt sich in verschiedene Bahnen und kehrt zurück zum Polizeipräsidium, ein lebendiger Strom, der dauernd von neuen Zuflüssen gespeist wird, ein unaufhörlicher Kreislauf. (Fortsetzung folgt.)

# Der Marsch des Hungers

## Arbeitslose aus allen Gebieten Englands marschieren nach London

So haben sich aus ganz England kleinere und größere Trupps auf die Hauptstadt London in Bewegung gesetzt, um die Öffentlichkeit auf diesem Weg auf ihre grenzenlose Not aufmerksam zu machen und sie zur Stellungnahme zu zwingen, und vor allem, um in London gegen den Unterstützungsraub, den die englische Regierung kürzlich verfügt hat, zu protestieren und die Zurücknahme zu erzwingen.

Daß diese Arbeitslosenmärsche bei der ganzen arbeitenden Bevölkerung großen Widerhall finden und trotz aller Abwehrmaßnahmen die staatlichen und städtischen Behörden schon jetzt gezwungen sind, den marschierenden Arbeitslosen bis zu einem gewissen Grade entgegenzukommen, geht aus folgender Meldung hervor:

London, 25. Oktober.

Die Hungermarschkolonnen rückten heute weiter gegen London vor, und man erwartet, daß die erste Gruppe Mitte der Woche hier ankommen werde. Auf ihrem Wege werden sie in Schulen, Markthallen und anderen öffentlichen Gebäuden untergebracht. Die Armenfürsorge liefert warmes Frühstück, Arbeitslose flicken die Schuhe und tragen Kleider- und Lebensmittelspenden herbei. In manchen Orten werden auch öffentliche Versammlungen veranstaltet. Die Polizei hatte in den berührten Ortschaften große Vorsichtsmaßnahmen getroffen. Die Marschkolonnen werden außerhalb der Ortschaften von Polizeimannschaften erwartet, die sie zu ihrem Unterkunftsort geleiten und aus dem Orte begleiten.

240 Arbeitslose aus Lancashire wurden während des Wochenendes in Oxford von Studenten und Studentinnen betreut, die ihnen heute ein herzliches Lebewohl brachten. Als sie, revolutionäre Lieder singend, aus der Stadt zogen, gingen Studenten und Studentinnen an der Spitze des Zuges mit Pedelle der Universität mit ihren Bulldoggen standen im Zentrum der Stadt und notierten die Namen der marschierenden Universitätsmitglieder.

Im Unterhaus wurde der Gesundheitsminister Sir Hilton Young angefragt, ob die vielen tausenden von anmarschierenden Obdachlosen auch Unterkunft in London finden und ob sich der Minister schon mit den öffentlichen Londoner Unterstützungsbehörden deshalb ins Benehmen gesetzt hätte. Der Minister glaubte sich mit dem Hinweis, daß die Arbeitslosenmärsche von einer kommunistischen Organisation veranlaßt worden seien und daß diese die Pflicht habe für die Bedürfnisse ihrer Anhänger zu sorgen, herauszureden.

Diese faule Ausrede dürfte der Regierung wenig helfen, denn schon jetzt steht die ganze Öffentlichkeit Englands unter dem gewaltigen Eindruck der Hungermärsche. Selbst die großen bürgerlichen Zeitungen, nicht nur in England, sondern auch in Deutschland und anderen Ländern, sehen sich veranlaßt, in großen Artikeln und ausführlichen Schilderungen zu der Bewegung Stellung zu nehmen. So geht ein großer Bericht durch die Hugenberg-Presse mit der Überschrift „Die Hungermärscher kommen“. Darin werden u. a. folgende Einzelschilderungen gegeben:

„Man fragt sich, ob das mit den Barrikaden ernst gemeint ist. Wenn man diese zweihundert Männer ansieht, dann möchte man fast daran glauben. Ich selber habe mit zwei Bergleuten, zwei ungelerten Arbeitern, einem Eisenbahner, einem Kuhmelker, fünf oder sechs Textilarbeitern, zwei Seelenten, zwei Metallarbeitern und einem Kinoangestellten gesprochen. Sie sind durchweg anständig und meist verhältnismäßig sauber in ihrer Kleidung, — nur das Schuhzeug ist nach dem zeh-

nägigen Marsch teilweise in recht schlechtem Zustand. Es sind keine gewerkschaftlichen Rekruten und, wenn man von ein paar reichlich verwegenen ausschweifenden jungen Burschen abläßt, von Hause aus auch wohl keine Krieger. Aber allzu lange erzwungene Müdigkeit (H) hat sie schlot gemacht. Ich frage, wie lange sie erwerbslos seien. 1 Jahr, 3 Monate, 2 1/2 Jahre, 11 Monate, ... sogar 3 Jahre, das sind ein paar Antworten. Der Durchschnitt soll 18 Monate betragen.

Sie sind fest entschlossen, nicht eher wieder von London abzutreten, als bis ihre Forderungen bewilligt sind.

Sie fühlen sich stark in dem Bewußtsein, daß insgesamt etwa 5000 Hungengeilen aus allen

viertzig Jahren des vergangenen Jahrhunderts das ganze soziale Gefüge Englands zu erschüttern drohte, die ganz blühlich mit kleinen Gruppen antistatistischer Demonstranten anfang.

Dieser Bericht des Hugenberg-Korrespondenten zeigt wohl zu Genüge die gewaltige Bedeutung der Bewegung, und es macht auch verständlich, daß die englischen Polizeibehörden äußerst nervös sind und außergerichtlich Abwehrmaßnahmen treffen. So wird u. a. berichtet, daß allein das Rathaus in London von tausenden Polizisten bewacht wird.

Was in England vor sich geht, ist ein Signal für die vielen Millionen Arbeitslosen in allen kapitalistischen Ländern. Genau so wie in England leiden die



Ein Zug von Arbeitslosen aus dem Lancashire-Distrikt auf dem Marsch nach London

Landesteilen am Mittwoch und Donnerstag in London eintreffen werden, und

daß ihre Ankunft die Londoner Massen in Bewegung setzen werden.

Sie wollen so lange in London demonstrieren, so lange „die Regierung skandalisieren“, bis Regierung und Parlament nachgeben.

Man muß irgendwie an die Chartistenbewegung denken, die in den dreißiger und

Massen vor allem in Deutschland und in den Vereinigten Staaten unter der Arbeitslosigkeit. Es ist zu hoffen, daß der Aufmarsch in England nur der Beginn des gewaltigen Kampfes der gesamten mehr als 30 Millionen zählenden Arbeitslosen-Armee in der ganzen Welt ist. Tritt sie überall mit der notwendigen Entschlossenheit auf den Plan, so gibt es keine Macht der Welt, die ihr widerstehen kann.

## Kurt Heinig bei den Buchdruckern

### Melodien gegen Krise und Faschismus — „Über Fehler zu diskutieren haben wir keine Zeit“

Im Berliner Clubhaus fand am 23. Oktober die Bezirksversammlung der Buchdrucker des Potsdamer Bezirks statt. Als Referenten über „Krise — Faschismus — Gewerkschaften“ hatte man den SPD-Reichstags-Abgeordneten Kurt Heinig herangezogen.

An seiner bezeichnend radikal aufgeputzten reformistischen Litanei von ökonomischen und politischen Ursachen und Wirkungen, wäre nicht viel der Erwähnung wert, wenn diese Sorte sozialdemokratischer Kapitulationspolitiker nicht immer wieder Gläubige finden würden.

Eine Kost- und Stilprobe aus Heinigs Deklamationen zum Thema verdienen festgehalten zu werden. „Das Tempo der Entwicklung ist so rasend, daß manche sonst vernünftige Leute den Boden unter den Füßen verlieren und dem Faschismus und den Kozis nachlaufen.“ Solche Plattheiten gewerkschaftlich-geschulten Arbeitern als Ausfluß politischer Führerweisheit zur Erklärung der Radikalisierung breiter Massen zu deklarieren und von einer „revolutionären Situation“ zu reden — ohne praktische Auswege, außer dem Stimmzettel, zu geben, heißt praktisch dem Faschismus in die Hände zu arbeiten.

„Nicht andere Taktik, sondern die innere Kraft der Klassenorganisationen bestimmen den Gang der Entwicklung.“ — über Taktik könne man dann einmal reden, wenn normale Zeiten wären. — Auf diese Weise versuchte der „Führer“ Heinig das Schuldkonto seiner Partei und der ADGB-Führung zu entlasten.

Daß dies nur zum Teil gelang bewies die stürmische Diskussion. Heinig wußte sich nur so aus der Schlinge zu ziehen, indem er sich zu den kritischen Argumenten zustimmend verhielt und sich im wesentlichen „radikal“ gebärdete. Der Stimmzettel sei nicht Mittel um Macht zu erobern, sondern Zählwerk für die Musterung der Klassenarmeen. So Herr Heinig!

Praktisch versuchte er die Niederlage vom 20. Juli als „Erfolg“ der Taktik der SPD hinzustellen, die mit ihrer Kapitulationspolitik Hitler an der Machtergreifung verhindert habe!

Von der Opposition verlangte er die Wege gezeigt, die besser der Klasse dienen würden, als die Politik der SPD, die sich den Termin des Kampfes nicht vom Gegner vorschreiben lasse, sondern jeder Stunde eine entsprechende Haltung entgegenbringe. Mit diesem „gelstigen“ Extrakt machte er für die Wahl der SPD Stimmung. Dank des Auftretens oppositioneller Genossen der SAP, der KPD und der KPD wurde doch verhindert, daß eine größere Mehrheit sich hinter den Zaubermeister Heinig zusammenfand.

Bei systematischem Vorgehen der Buchdruckeropposition, besonders der SAP-Genossen, wird es möglich sein, daß in Zukunft den Anträgen wie den des Kollegen Polster eine absolute Mehrheit ihre Zustimmung gibt und darüber hinaus der verhängnisvolle SPD-Kurs der Heinig u. Co. grundsätzlich geändert wird.

Es wird dann auch nicht mehr möglich sein, daß vom Vorstandstisch aus gegen positiv-gewerkschaftliche Opposition die RGO als Schreckgespenst hingestellt werden kann. Ueber RGO-Phrasen und SPD-Demagogie vorwärts im Sinne erfolgreicher revolutionärer Gewerkschaftskämpfe ...!

Von Interesse ist noch festzustellen, daß der Vorsitzende der Konferenz, Matschke, für die Buchdrucker die Losung ausgab: Es gilt jetzt gegen jede Lohnkürzung zu kämpfen und jede neue Kürzung zu beantworten. Die Buchdrucker müssen durch die Tat dafür sorgen, daß dies nicht nur eine leere Phrase bleibt.

## Von der einstürzenden Decke erschlagen

Klagenfurt, 24. Oktober.

In einem baufälligen Hause in Krobathen bei St. Veit an der Glan stürzte die Zimmerdecke ein, wobei eine 76jährige Frau, deren 35jährige Tochter und der 4 Jahre alte Enkel den Tod fanden.

## Gegen die hohen Benzinpreise

Der Allgemeine Deutsche Automobil-Club veranstaltete am 24. Oktober in Berlin eine Massenkundgebung gegen die ungeheuerliche Belastung des deutschen Kraftverkehrs, durch die mangelnde Besteuerung und Verteuerung der Betriebsstoffe. Nach den Darlegungen des Referenten beträgt die steuerliche Belastung je Liter Benzin 16,3 Pfennig, dazu kommt jetzt durch die Spirituszwangsbemessung eine weitere Steigerung von 2,7 Pfennig. Bei Ablosung der Spiritusabnahmepflicht trat eine weitere Preiserhöhung von 4 Pfennig pro Liter ein. Welch ungeheuerliche Verteuerung das in den Verkehr gelandete Benzin in Deutschland erlitt, geht daraus hervor, daß Importbenzin ab Hamburg Schiff b bis 8 1/2 Pfennig kostet, aber durch Zoll und Steuerbelastung, Spiritusbemessung und Gewinnzuschlag der Importfirmen von 12 1/2 bis 13 Pfennig, der Benzinpreis im Einzelverkauf auf 39 bis 40 Pfennig beträgt.

Ein besonderes Geschenk erhält der IG Farben-Trust, da bei seiner inländischen Produktion inklusive aller Transport- und Handlarspesen ein Liter Benzin 20 Pfennig zu stehen kommt. Da für ihn die Zollbelastung nicht in Frage kommt, so hat der IG Farben-Trust bei jedem Liter Benzin einen reinen Überschub von 20 Pfennig.

Wenn die Arbeiterschaft nicht auch kein Interesse an billigen Benzin für die Luxusautos der herrschenden Klasse hat, so ist doch klar, daß die weitaus größte Menge des Benzinverbrauchs in Deutschland dem allgemeinen Verkehr dient und daß durch die Benzinverteuerung die Transport- und Verkehrskosten für die breite Masse maßlos gesteigert werden. Insofern muß sich die Arbeiterschaft dem Protest gegen die hohen Wucherpreise für Benzin anschließen.

## Geschleimte Tarifverhandlungen in der Schuhindustrie

Berlin, 25. Oktober.

CNB. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände der Schuhindustrie, die gestern und heute mit Rücksicht auf den bevorstehenden Ablauf des Reichstarifvertrages für die Schuhindustrie geführt wurden, sind ergebnislos abgebrochen worden. Die Unternehmerverbände werden jetzt das Reichsarbeitsministerium zur Einleitung des gesetzlichen Schlichtungsverfahrens anrufen. Zur vorläufigen Aufrechterhaltung der Allgemeinverbindlichkeit wurde im beiderseitigen Einverständnis für die Übergangszeit eine provisorische Abmachung getroffen.

Daß die Unternehmerverbände jetzt nach dem Schlichter rufen, entspricht der neuen Situation. Die Unternehmer wandten sich nur so lange „gegen die Zwangsschlichtung“, als sie glaubten, bei der vor jedem Streik ausweichenden Taktik der Gewerkschaften, ohne Schlichter noch besser den Lohn abbauen zu können. Jetzt aber, nachdem die vielen Streiks der letzten Wochen gezeigt haben, daß die Arbeiterschaft bei entschlossenem Kampfwillen ihre Forderungen auch in der Zeit der Krise durchzusetzen vermag, rufen die Unternehmer nach dem Schlichter. Sie wissen aus den allerletzten Vorgängen (Hamburger Verkehrsstreik), daß die Regierung auch jetzt bereit ist, mit Verbindlichkeitsklärung von Schiedssprüchen den Lohnraub durchzusetzen. Das um so mehr, als die Gewerkschaftsführung das als für sie „gesetzlich“ bindend anerkennt.

Die Arbeiter in der Schuhindustrie müssen diese Pläne durch sofortige Kampfvorbereitungen und den Streik gegen jede Tarifverschlechterung zunichte machen.

## „Winterhilfe“ — Kapitalsprofit

Die Zechen des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats haben beschlossen, für den Winter die auf den Halden aufgestapelten Kohlenbestände „billig“ an die Erwerbslosen abzugeben, und zwar soll der Preis einschließlich ab Zeche 50 Pfennig pro Zentner betragen. Natürlich ist das noch wieder ein Extrageschäft für die Zechenbarone, die ja längst nicht mehr damit gerechnet haben, die zum großen Teil bereits verwitterten Kohlen überhaupt noch in den ordentlichen Handel zu bringen. Und ausdrücklich heißt es in der Ankündigung noch, daß nur die Lagerbestände für die Lieferungen verwendet werden dürfen. Diese Art „Hilfe“ erinnert sehr an die kürzlich getroffene Vereinbarung, wonach den Erwerbslosen die sog. Schlammkohle, also Kohle, die äußerst minderwertig ist, für den Preis von 15 Pfennig pro Zentner überlassen werden kann. Aber bei den 50 Pfennigen sind die Erwerbslosen noch lange nicht im Besitz der Kohle, hinzu kommen noch die Frachtkosten und der Kleinhandelsaufschlag, außerdem wird eine strenge Kontrolle über die Berechtigung zum Empfang dieser Kohle durchgeführt.

Für die Erwerbslosen gilt es daher, sich durch diese sog. „Winterhilfe“ nicht irritieren zu lassen und ihr mit der Forderung zu entgegen: kostenlose Bereitstellung aller aufgestapelten Kohlenbestände an die Erwerbslosen. D.d.

## Flugblattverteilung im Betrieb verboten

In Bochum hatte der „Butab“ durch seine Funktionäre Flugblätter in Betrieben verteilen lassen, die die wirklichen Gründe von Stilllegungen, Kapitalfehlleitungen, maßlose Übersetzung des Verwaltungsapparates und unerhört hohe Gehälter an die Direktoren usw. enthüllten, und darstellten, wie auf der anderen Seite die Direktoren keine Ausgaben scheuten, um durch die Schaffung von nationalistischen Schutztruppen ihre reaktionären Pläne besser durchführen zu können. Wegen Verteilung der Flugblätter in einem Betriebe der Vereinigten Stahlwerke in Hamm erhielt ein Angestellter die Entlassung. Seine Klage beim Arbeitsgericht unter Berufung auf Artikel 118 der Reichsverfassung, wonach jedem Arbeitnehmer die freie Meinungsäußerung gewährleistet ist, wurde abgewiesen, auch die Berufungsinstanz hielt das Urteil aufrecht. Jetzt hat der Zechenverband unter abschriftlicher Hinzufügung dieses Urteils ein Rundschreiben verbreitet, wonach in jedem anderen Falle, wo Flugblätter zur Verbreitung kommen, in der gleichen Weise verfahren würde. Natürlich haben die Zechenbarone es leicht, solche Verfügungen zu erlassen, wenn sie wissen, daß ihnen seitens der Arbeitsgerichte kein Hindernis in den Weg gelegt wird. Das Fazit, das die Angestellten daraus ziehen müßten, ist Stärkung der freigewerkschaftlichen Front.

Wahl  
nur Liste 18